

Heute auf Seite 3: Kirche huldigt erklärtem Feind

Das Ostpreußenblatt



Preußische Allgemeine Zeitung



Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Jahrgang 53 – Folge 45

Erscheint wöchentlich
Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt

9. November 2002

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

C 5524

DIESE WOCHE:

Leitartikel

VERKOMMENE KUNST

In London wird am 8. Dezember der mit 32.000 Euro dotierte Turner-Preis vergeben. Der zuständige Minister hatte den Mut, die Wettbewerbs-Kunstwerke als das zu bezeichnen, was sie sind: „Bullshit“. Ein lobenswertes Vorbild, kulturbeflissenen deutschen Politikern zur Nachahmung empfohlen! Seite 2

Aus aller Welt

ROT-GRÜN IN WIEN?

In zwei Wochen wird in Österreich ein neues Parlament gewählt. Die FPÖ droht, nicht zuletzt dank innerparteilicher Querelen, auf den vierten Platz zurückzufallen, so daß in der Donau-Metropole nun alles auf ein rot-grünes Regierungsbündnis zuläuft. Mit einer Wiederauflage der großen Koalition wird im allgemeinen nicht mehr gerechnet. Seite 5

Kultur

LESEN UND DISKUTIEREN

Anfang November wurde in ganz Hamburg ein Buch gelesen und diskutiert: der Roman „Der Mann im Strom“ von Siegfried Lenz. Mehr über die Aktion der Kulturbehörde der Hansestadt Hamburg und den bereits 1957 geschriebenen Roman des Hamburger Ehrenbürgers aus dem ostpreußischen Lyck auf Seite 12

Geschichte

DAS ENDE DER »PREUSSEN«

In diesem Jahr jährte sich zum 100. Mal der Tag des Stapellaufes von Deutschlands größtem Rahsegler. Das Fünfmastvollschiff erwies sich als den Anforderungen der Natur gewachsen, doch eine Kollision mit einem britischen Dampfer am 6. November 1910 im Englischen Kanal wurde ihm zum Verhängnis. Rund 90 Jahre später feierte das Schiff als »Royal Clipper« seine Wiedergeburt. Seite 13



Ab sofort erfüllen wir alle Ihre Literatur-, Musik- & Filmwünsche.

Preußischer Mediendienst

Parkallee 86
20144 Hamburg
Telefon: 040 / 41 40 08 27
Telefax: 040 / 41 40 08 58



Gefahrensignal übersehen?

Was wußte er, was hätte er wenigstens wissen müssen? In der Flugblatt-/Spenden-Affäre um den Hobby-Fallschirmspringer Jürgen W. Möllemann geht es nun dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle an den Kragen. Wie aus Berlin verlautet, sagt insbesondere sein eigener Vorgänger im Parteivorsitz, Wolfgang Gerhardt, emsig am Stuhl des verbläbten Hoffnungsträgers.

Zeichnung aus Die Welt

SELBSTBEDIENUNGSLADEN

Zum Beispiel Kiel: Wie Parlamentarier ungeniert in leere Staatskassen greifen

Erst vor wenigen Wochen gab die Firma „Heidelberger“ bekannt, daß sie ihr Kieler Werk schließen werde; 700 Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Vor den Toren der Landeshauptstadt kämpft der ehemalige Branchenriese Mobilcom um seine Existenz. Tausende von Angestellten müssen die Arbeitslosigkeit fürchten. Kleine und mittlere Firmen sind angesichts der immensen Staatsquote und der flauen Konjunktur in der Gefahr, aufgeben zu müssen. Arbeitnehmer werden aufgefordert, mit der Kürzung ihrer Einkommen einverstanden zu sein, um ihr Unternehmen zu retten.

Hilf- und ratlos stehen die für das Land politisch Verantwortlichen davor. Immerhin haben sie aber noch genug Energie, um ihre Landtagsdiäten zu erhöhen. Der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Arens (SPD) will den Abgeordneten vorschlagen, sie sollten sich selbst ihre Diäten um 5,7 Prozent erhöhen. Damit sollen ihre Bezüge den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Und das geschieht zur selben Zeit, in der Ministerpräsidentin Heide Simonis fordert, angesichts der festgefahrenen Haushalte der Länder müßten die Bezüge der Beamten gekürzt werden, so etwa um Teile des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Sie schließt nicht aus, daß auch Stellen im Landesdienst abgebaut werden.

Wie im nördlichsten Bundesland, so geht es überall. Die Parteienvertreter in den Parlamenten bedienen sich selbst und verlieren damit jede Glaubwürdigkeit, wenn es etwa darum geht, in Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst die Forderungen der Gewerkschaften in einem der Realität angepaßten Rahmen zu halten.

Aber das Fehlverhalten der schleswig-holsteinischen Parlamentarier tritt nicht nur mit dem Absahnen bei der geplanten Diätenerhöhung zutage. Nach der Landesverfassung soll der Kieler Landtag 75 Abgeordnete umfassen. Tatsächlich sitzen 89 Parteienvertreter im

Landeshaus an der Kieler Förde und kassieren monatlich eine Grundentschädigung von rund 4.000 Euro. Damit aber braucht nicht einmal die Hälfte zufrieden zu sein. Mehr als fünfzig Abgeordnete streichen daneben für kleine und größere Sonderaufgaben sogenannte Funktionszulagen ein, die bis zu einer Verdoppelung der Grundentschädigung reichen. Das ist zwar nach dem Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2000 nicht zulässig, doch schieben die Abgeordneten die verlangte Reform immer weiter vor sich her – und kassieren kräftig weiter ab.

Ebenso geht's mit der immer wieder von der Öffentlichkeit eingeforderten Reduzierung der Abgeordnetenzahl. Nur ungern gehen die Parteien an die Verkleinerung, verlieren dadurch doch 14 mehr oder weniger bewährte Parteifreunde und -genossen ihren Job.

Wenn denn noch wenigstens die Qualität der Arbeit den erfreulichen Bezügen gerecht würde, könnte man den Parteienvertretern das

Geld gönnen. Aber es ist schon so, wie der Spiegel vor zwei Jahren über die Landesparlamente schrieb: „Landauf, landab sitzen hinter den Leistungsträgern der ersten Reihe Drückeberger und Debattenzwerge, gibt es in den Ländern eine parteiübergreifende Fraktion der Unterbegabten und Überforderten, der Simpel und so Rumsitzer.“ Parteikritiker Hans Herbert von Arnim kennzeichnete die Länderparlamentarier als „bedeutungslos, aber voll bezahlt“.

Daß die schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten nicht die einzigen sind, die sich trotz der sich zuspitzenden finanziellen Krise unseres Landes munter aus den Steuergeldern bedienen, kann man aus dem Plan des Bundestagspräsidenten Thierse schließen. Er will mit dem gesamten Plenum im Januar für einen Tag nach Paris jetten, um dort den 40. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu feiern. Kostenpunkt 500.000 Euro – oder für den, der noch in DM rechnet, fast eine Million Deutsche Mark. Johnny Düsternbrook

ISLAMISTEN WOLLEN NACH EUROPA

Türkei-Wahl birgt hohes Risiko für Deutschland

In der Türkei hat sich die innenpolitische Lage grundlegend geändert. Die fundamentalistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) errang einen erdrutschartigen Sieg mit beinahe verfassungsändernder Zweidrittelmehrheit im Parlament und über 34 Prozent aller Stimmen.

Der aus der islamischen Bewegung des Landes hervorgegangene Führer der Partei, Recep Erdogan, will die Türkei nach Europa führen und das Land wirtschaftlich stabilisieren. Die in Deutschland Regierenden von der SPD und den Grünen in Berlin begrüßen diese ersten Signale proeuropäischer Politik der Islamisten. Dies darum, weil man sich einerseits die türkischen Wähler im eigenen Land nicht vergrämen will, andererseits sieht man die

Gefahr der Islamisten in der Türkei nicht so eklatant. Doch wer die Tradition der Bewegung in der Türkei betrachtet, notiert ein stetiges Ansteigen des Einflusses und der Aktivität der Islam-Fundamentalisten. In den siebziger Jahren war es die nationalistische Heilspartei, danach der Fundamentalist Erbakan und nun die erst 2001 gegründete AKP, mit stetig steigendem Stimmenanteil.

Doch wenn die Islamisten nach Europa wollen, bringen sie den Islam mit. Mit in die Kindergärten, mit in die Schulen und an die Universitäten. Worauf läßt sich die Bundesregierung da ein? Abgesehen von islamistischen Tendenzen, Import von Fundamental-Terrorismus und wirtschaftlicher Instabilität vor allem auf Inflation. Man muß an die Freizügigkeit der

Kommentar 9. NOVEMBER

Heute ist der Schicksalstag der Deutschen: der 9. November. An diesem Tag begann sich die Nation 1918 mit der überstürzten Abschaffung der Monarchie von sich selbst zu entfremden, bis zur Raserei 1938. An diesem Tag begab sie sich gleichsam auf den Weg zu sich selbst zurück – am 9. November 1989.

Im noch immer ungelenkten Umgang der Deutschen mit dem schillernden Datum manifestiert sich indes, wie weit diese Nation noch von einer Selbstfindung entfernt ist. In wenigen Jahren werden die ersten jungen Deutschen die Schulen verlassen, die erst nach dem Mauerfall geboren wurden. Auch sie werden dann „gelernt“ haben, daß jenes Deutschland bestenfalls ein Zufall, wenn nicht gar ein Unfall der Geschichte war, gleichermaßen Laune wie Vollstrecker fehlgeleiteter Ideologen und durchgedrehter Potentaten.

Wie innerlich stark, schön und in den Herzen seiner Menschen tief verwurzelt ihr Deutschland ist, davon werden sie wenig gehört haben. Diese Botschaft des 9. November 1989 verschweigen wir uns schamhaft. Als fürchteten wir Deutschland uns geradezu davor, in unserem Spiegelbild etwas anderes zu entdecken als graue Reue oder den Schatten eines Monstrums.

So gebärdet sich die größte Nation Europas noch immer wie ein Volk in wirrer Trance, das weit davon ab ist, zu sich zu kommen. **Hans Heckel**

Waren, Dienstleistungen und Menschen denken, die mit einem EU-Beitritt verbunden sind. Es wären nicht nur Millionen billiger Arbeitskräfte, welche die europäischen Märkte überschwemmen, sondern Belastungen durch die Unterstützung der dortigen Agrarwirtschaft. Das müssen auch die christlich-demokratischen Sozialromantiker wie Richard Polenz einsehen, die den Türken die „Europäische Perspektive“ nicht verbauen wollen. Ein vitales Interesse am EU-Beitritt der Türkei haben die USA. Auf diese Weise kann die Türkei ohne eigene Belastung fester an die Nato gebunden und ein zu enges Zusammenwachsen Europas verhindert werden. Selbst unter dem offensichtlichen Nachteil, daß man das vereinte Europa der Infiltration durch den Islam preisgibt. **Karl P. Gerigk**

Hans-Jürgen Mahlitz: WENN DIE KUNST ZUM MIST VERKOMMT ...

Es gibt ihn also doch noch, den Politiker mit Zivilcourage. Zum Beispiel Mister Kim Howells. Der Mann ist in London, im Kabinett Ihrer Majestät, zuständig fürs Kulturelle – und für alles, was dafür ausgegeben wird. In dieser Eigenschaft hatte der Minister das offenbar zweifelhafte Vergnügen, in der renommierten Tate-Galerie vorab eine Ausstellung zu besuchen, in der sich die Kandidaten für den ebenfalls renommierten Turner-Preis präsentierten.

Das übliche Ritual bei solchen Gelegenheiten: Der zum Kunstgenuss abkommandierte Politiker läßt sich von einem mit der Sache mehr oder weniger vertrauten Mitarbeiter ein paar lobende Worte über die Künstler sowie möglichst unverständliche Mutmaßungen über die Kunstwerke notieren, trägt diese mit gewichtiger Miene vor, gibt zu erkennen, daß er zutiefst ergriffen ist, und hat die brennende Frage, was der Künstler uns damit sagen will, spätestens bei Antritt der Heimfahrt verdrängt.

Mister Howells in London hatte den seltenen Mut, sich nicht an dieses Ritual zu halten. Er gab nicht – wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern – vor, etwas zu sehen, was in dieser Ausstellung gar nicht vorhanden war, nämlich große Kunst. Statt dessen nannte der Minister die Dinge ungewohnt freimütig beim richtigen Namen: „Bullshit“! Die unter Anhängern zeitgenössischen Kunstschaffens als anrührend geltende Wertung war ihm gekommen, als er das Exponat der als Favoritin gehandelten Fiona Banner betrachtete: eine schlichte Wand, vier Meter hoch, sechs Meter breit, eng beschrieben mit einem Text, der sehr detailliert die Aktivitäten eines Pornofilm ausbreitet. Die Künstlerin

ließ verlauten, sie wolle damit „die Grenzen der Kommunikation testen“. Des Ministers Wohlwollen aber fand dieses Pornogekritzel noch das Œuvre Catherine Yass', die mit einer an Hochhausfassaden entlangrasenden Videocamera arbeitet und „unter die Oberfläche der sichtbaren Welt“ zu gelangen trachtet, was ihr wohl auch gelungen ist.

Die Absurditäten-Show bei Tate wäre kaum eine Zeile wert, wenn es sich dabei um ein lokales Ereignis handeln würde. Leider aber ist es seit Jahrzehnten in aller Welt üblich, unter der irreführenden Bezeichnung „zeitgenössische Kunst“ jeden Mist, jeden Schwachsinn und jede Perversion zu verbreiten. Theater wird fast nur noch im entblößten Zustand wahrgenommen, in Konzerten erlebt (oder erleidet) man den fließenden Übergang von Musik zur vorsätzlichen Körperverletzung, Museen und Galerien unterscheiden sich kaum noch von Sperrmüll-Sammelpätzen.

Gesteuert wird das alles nicht etwa von einseitigen Banausen, sondern von einer geschäftstüchtigen Kultur-Mafia. Zeitgenössische Kunst ist – bis auf ganz wenige Ausnahmen – vor allem ein gigantisches Geschäft, in dem jährlich Milliardensummen umgesetzt werden. Der Wert eines Kunstwerks bemißt sich in Dollar und Euro – und steigt besonders hoch, wenn traditionelle Werte möglichst tief in den Dreck gezogen werden. Das Publikum läßt sich das alles bieten, wie einst in Andersons Märchen – schließlich will niemand als „Banause“ dastehen. Und kein Politiker wagt es, gegen den Strom zu schwimmen – man könnte ja als unmodern, altmodisch, konservativ oder gar „rechts“ abgestempelt werden ... Darum hat der britische Kulturminister Kim Howells recht, wenn er sich über den Kunst-Mist erregt. Und darum hat er es auch verdient, als zur Nachahmung empfohlen herausgestellt zu werden. Wie lange müssen wir eigentlich noch auf einen ähnlich couragierten deutschen Spitzenpolitiker warten?

MACHTKAMPF IN JERUSALEM

Kein Richtungswechsel durch Neuwahlen zu erwarten

Es flogen die Fetzen. Die entscheidende Unterhaltung zwischen den beiden ehemaligen Generälen, Regierungschef Sharon und Ben Eliezer, Chef seines Koalitionspartners, der Arbeiterpartei, soll so lautstark gewesen sein, daß die Sekretariate im weiten Flur des Amtes vorsichtshalber in Deckung gingen. Kurz darauf schnaubte der Verteidigungsminister aus dem Büro des Premiers. Die Koalition war im wahrsten Sinn des Wortes geplätzt.

Scharon hat diese Schlacht gewonnen. Er gewann auch die nächste: Drei Mißtrauensanträge der Opposition konnte er dank der orthodoxen Parteien in der Knesset abschmettern. Die entscheidende Schlacht mit seinem innerparteilichen Rivalen, Benjamin Netanjahu, steht ihm aber noch bevor. Der erste Versuch, den ehrgeizigen Widersacher in eine Kabinettsdisziplin einzubinden, ist fehlgeschlagen. Neuwahlen werden die neue Macht im Land bestimmen. Die wird der Likud-Block wohl gewinnen. Aber die Führung des Blocks ist noch unentschieden. So steht das Land also auf absehbarer Zeit vor der Alternative Scharon oder Netanjahu. Für Arafat und israelskeptische Europäer ist es die Alternative zwischen Pest und Cholera. Dabei ist klar, und der jüngste Bericht der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sagt es deut-

lich: Arafats Regierung hat mit ihrer Tatenlosigkeit gegenüber den Selbstmordattentätern maßgeblich zu einem Klima der Straflosigkeit gegenüber diesen „Kriegsverbrechern“ beigetragen. So denkt man auch in Israel, und deshalb haben die Hardliner eine Mehrheit hinter sich. Seit Januar 2001 wurden nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen bei 52 palästinensischen Selbstmordattacken rund 250 israelische Zivilisten getötet und rund zweitausend verletzt. Ein hohes Maß an Verantwortung für diese Kriegsverbrechen trage Palästina-erchef Arafat.

Nun läuft alles darauf hinaus, daß Scharon auf jeden Fall in einer neuen Koalition mit den Orthodoxen das Land weiter führen wird. Die Umfragen sind günstig für ihn, darum legte er es auch auf Neuwahlen an. All das wußte Ben Eliezer. Dennoch riskierte er den Bruch. Und das nur wegen einer Handvoll Dollar für die Siedler? Es geht bei diesem Geld um mehr. Die Siedlerfrage gehört ähnlich wie die Jerusalemfrage zum Kernbereich des Nahost-Konflikts. Unter Scharon wurden die Siedlungen erheblich erweitert, sie liegen wie ein Ring aus Beton um Jerusalem, Stein gewordene Tatsachen des jüdischen Anspruchs auf Judäa und Samaria, wie die Orthodoxen das Gebiet nennen. Sicher, es war in einem Verteidigungskrieg besetzt worden. Aber darauf kommt es ihnen nicht an. Sie leiten ihre Ansprüche aus der Geschichte weit vor der Gründung des Staates Israel ab. Das berührt die Tiefenpsychologie des Religiösen, und deshalb geht diese Frage ans Eingemachte des Selbstverständnisses vieler Juden.

Scharon unterstützt die Siedler. Sein neues Kabinett steht im Geruch eines Kriegskabinetts. Ben Eliezer dagegen sah in der Siedlungsfrage Kompromißmöglichkeiten mit den Palästinensern. Die hätte man auch finden können, ohne die bestehenden Siedlungen aufzugeben. Es ging nur um weniger Subventionen, sprich um weniger neue Siedlungen. Damit hätte Israel auch außenpolitisch sein hier und da angekratztes Image etwas aufpolieren können, sogar in Europa. So aber zeigt diese Regierungskrise vor dem Hintergrund der offenbar nicht zu stoppenden Terrorattentate, wie unversöhnlich sich die feindlichen Brüder in Nahost gegenüberstehen. Mit Blick auf die Irak-Krise sind das keine guten Aussichten. Der Pulverdampf über der Region wird beißen.

Jürgen Liminski

KEIN ORDEN FÜR BENESCH

Der tschechische Präsident Vaclav Havel hat entschieden: Entgegen der ausdrücklichen Forderung tschechischer Parlamentarier, die damit auf zunehmende, vor allem aus Österreich kommende Kritik an den Benesch-Dekreten reagierten, soll dem ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Benesch nicht posthum der Masaryk-Orden verliehen werden. Der deutsche „Gutachter“ – oder eher „Bösachter“? – Frowein war damit sozusagen „päpstlicher als der Papst“. Wenn aber kürzlich der frühere RAF- und nunmehrige NPD-Anwalt Horst Mahler im Zusammenhang mit einer Äußerung über den 11. September wegen „Billigung einer Straftat“ verurteilt wurde, so müßte sich der Staatsanwalt wohl fragen, ob nicht auch das Frowein-Gutachten den gleichen Tatbestand erfüllt. RCK

DER NEUE ZUCHTMEISTER DER SPD

Olaf Scholz hat sich in Schröders Augen für Höheres qualifiziert

An Vorschußlorbeeren mangelt es ihm nicht, dem neuen Generalsekretär der SPD, Olaf Scholz. Bundeskanzler Gerhard Schröder soll ihn im vertrauten Genossenkreise sogar schon einmal als seinen möglichen Nachfolger ins Gespräch gebracht haben. Kein Wunder, daß der neue Parteigeneral auch keine Defizite an Selbstbewußtsein hat.

Mit seiner Ernennung zum Generalsekretär ist ein Schritt zu einem Generationswechsel in der SPD-Führung vollzogen. Denn der 44-jährige repräsentiert den modernen Typus des Sozialdemokraten – jung und unkonventionell statt staatstragend und wertkonservativ. Damit hat Scholz in seiner Heimatstadt Hamburg in den letzten Jahren immer wieder punkten können. Er gilt als Sozialdemokrat mit Leib und Seele, der zwei Drittel seines Lebens in der SPD verbracht hat. Groß geworden ist er im Geflecht des Machtkartells der Hamburger Sozialdemokratie. Im jungen Alter von gerade einmal 17 Jahren ist er in die SPD eingetreten. Seitdem hat er zielstrebig die einzelnen Stufen der Parteihierarchie genommen. Der Karriere wegen hat er dabei auch manchen Gesinnungswechsel vollzogen. Denn ursprünglich gehörte er dem „Stamokap“-Flügel der SPD an. Nachdem sich diese marxistisch-leninistische Ausprägung der Sozialdemokratie überlebt hatte, wandelte sich Scholz immer weiter zu einem machtbewußten Realpolitiker. Heute sieht er sich selbst als „linken Pragmatiker“.

Die wesentlichen Stationen seiner Parteikarriere: 1982 bis 1988 stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, 1987 bis 1989 Vizepräsident der Internationalen Sozialistischen Jugend und 1993 bis 2000 Vorsitzender des SPD-Kreises Hamburg-Altona. In dieser Funktion gelang es ihm immer wieder mit großem Geschick, nicht mit den fragwürdigen

Praktiken und Skandalen des Hamburger SPD-Machtkartells öffentlich in Verbindung gebracht zu werden. 1998 wurde er als Altonaer Direktkandidat in den Deutschen Bundestag gewählt. Seine Wiederwahl im September 2002 war sozusagen ein Selbstgänger, da die CDU gegen ihn einen unerfahrenen politischen Neuling ins Rennen führte.

Seit April 2000 ist der Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht Landesvorsitzender der Hamburger SPD. Seine Kandidatur war nicht unumstritten, doch die mächtigen Hamburger Parteibosse präsentierten ihn auf dem Landesparteitag als angeblich einzigen Kandidaten. Die Delegierten durften die Wahl ihres neuen Vorsitzenden nur noch in einem formalen Akt bestätigen. Kein guter Start für einen Politiker, der eigentlich die Ideale von innerparteilicher Demokratie und Offenheit auf seine Fahnen geschrieben hatte. Vergessen war auch der unter seiner Ägide zustande gekommene Beschluß seines eigenen Kreisverbandes zur Trennung von Amt und Mandat. Scholz wurde Landeschef und blieb selbstverständlich Bundestagsabgeordneter.

»HOFFNUNGSTRÄGER«
MIT SCHLECHTEM BENEHMEN

Im Mai 2001 durfte Scholz endlich Regierungsverantwortung tragen, als er zum Innensenator Hartmut Wrocklages avancierte. Während seiner wenigen Monate als Senator fiel er indes weniger durch eigene Ideen auf, als dadurch, daß er Punkte aus den Parteiprogrammen seiner politischen Gegner aufgriff. Er hatte – viel zu spät – erkannt, daß die Wähler von den Sozialutopisten in der Innenbehörde die Nase voll hatten und ein hartes Vorgehen gegen Straftäter wollten. Doch aus Scholz' Mund klang die Forderung nach einer Wen-

de in der inneren Sicherheit unglaubwürdig, auch wenn er sich damit gegenüber seinen skeptischen Genossen durchsetzen konnte. Bei der Bürgerschaftswahl im September 2001 erhielten Scholz und seine Partei die Quittung für 44 Jahre SPD-Herrschaft mit ihren Erscheinungen wie Filz, Kumpanei, Korruption und Skandalen.

Angesichts des herben Machtverlustes zeigte sich Scholz als schlechter Verlierer und noch dazu als einer mit schlechtem Benehmen, als er sich weigerte, Ronald B. Schill die Amtsgeschäfte ordnungsgemäß zu übergeben. Er blieb der Amtsübernahme seines Nachfolgers beleidigt fern, ein in der langen Tradition des Hamburger Senats einmaliger und unerhörter Vorgang.

Nach der Wahlniederlage erwies sich Scholz für seine Genossen als Zuchtmeister, der sie vor lähmender Resignation und Selbsterfleischung bewahrte. Er leitete einen Generationswechsel ein und straffte die Zusammenarbeit zwischen Partei und Bürgerschaftsfraktion. Als Oppositionspolitiker fiel er allerdings weniger durch Argumente als durch billige Verbalattacken auf.

Durch sein Durchgreifen in Hamburg hat sich Olaf Scholz in den Augen Gerhard Schröders für höhere bundespolitische Führungsaufgaben qualifiziert. Und Schröder kann einen Zuchtmeister und „Politikverkäufer“ als Parteimanager dringend brauchen. Denn auch wenn er bleibt die Tatsache, daß die Hälfte der Wähler ihn nicht als Kanzler haben will. Jetzt ist Olaf Scholz als Schlüsselfigur in den engsten Kreis um den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgerückt. Sollte er tatsächlich einmal ernsthaft als dessen Nachfolger gehandelt werden, dürfte es vielen Hamburgern grausen.

Jan Heitmann

www.ostpreussenblatt.de
Benutzername/User-ID: ob
Kennwort/PIN: 2250

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHEN-
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur:

Hans-Jürgen Mahlitz

(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Zeitgeschehen: Hans Heckel;
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite:
Silke Osman; **Geschichte, Landes-**
kunde, Literatur: Dr. Manuel Ruoff;
Heimatkreise, Aktuelles, Lands-
mannschaftliche Arbeit: Florian
Möbius; **Leserbriefe:** Rebecca Bella-
no; **Ostpreußische Familie:** Ruth
Geede; **Ostliches Mitteleuropa:**
Martin Schmidt.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm,
Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Ri-
chard G. Kerschhofer (Wien), General-
major a. D. Gerd H. Komossa, Hans-
Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86,
20144 Hamburg. Verlag: Landsmann-
schaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86,
20144 Hamburg. Das Ostpreußenblatt
ist das Organ der Landsmannschaft
Ostpreußen und erscheint wöchentlich
zur Information der Mitglieder des För-
derkreises der Landsmannschaft Ost-
preußen. – Ab 1. 1. 2002 Bezugspreis
Inland 6,75 € monatlich einschließlich 7
Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 8,50
€ monatlich, Luftpost 11,80 € monat-
lich. Abbestellungen sind mit einer Frist
von einem Monat zum Quartalsende
schriftlich an den Verlag zu richten.
Konten: Landesbank Hamburg, BLZ
200 500 00, Konto-Nr. 192 344, Post-
bank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kon-
to-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-
Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für
unverlangte Einsendungen wird nicht
gehaftet. Rücksendung erfolgt nur,
wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt
Preisliste Nr. 24. Druck: Rautenberg
Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfries-
land). – ISSN 0947-9597.

Telefon (040) 41 40 08-0

Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50

Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41

Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51

http://www.ostpreussenblatt.de

E-Mail:

redaktion@ostpreussenblatt.de
anzeigen@ostpreussenblatt.de
vertrieb@ostpreussenblatt.de
landsmannschaft@ostpreussenblatt.de

KIRCHE HULDIGT ERKLÄRTEM FEIND

Was hat Daniel Jonah Goldhagen in der Katholischen Akademie verloren?

Ist das Neue Testament antisemitisch? Der jüdische US-Politologe Daniel Jonah Goldhagen meint, die Kirche solle 450 Bibelstellen löschen, weil diese judenfeindlich seien. Mit seinem neuen Buch „Die katholische Kirche und der Holocaust“ befindet er sich auf Verkaufstournee, 30.000 Exemplare der deutschen Ausgabe sind bereits weg. In Interviews und auf Podien macht sich Goldhagen zum Chefankläger gegen die Kirche. Der Verleger Ingo Resch (Gräffeling bei München) hat dessen Thesen unter die Lupe genommen.

Von Ingo Resch

Goldhagen attackiert nicht nur die katholische Kirche. Er zielt vielmehr auf die Grundlage des Christlichen, auf die Bibel. Das geht alle Christen an. Aufgrund der Evangelien sei das Christentum eine Religion, die in ihrem Innersten einem Haß ungeheuren Ausmaßes auf die Juden gehuldet und ihn verbreitet habe. Deshalb müsse die Bibel umgeschrieben werden. Mit dieser Argumentation befindet sich der Politologe in ungueter Gesellschaft, denn vor ihm hatte der nationalsozialistische Chefideologe Alfred Rosenberg gleiches gefordert.

Goldhagen trifft allerdings auf breite Zustimmung in einem längst entchristianisierten Milieu. Selbst die katholische Kirche erweist ihm Reverenz – so in Hamburg, wo die Katholische Akademie ihn zum Gespräch einlud. Goldhagen hatte über eine halbe Stunde Redezeit, er bekam das Schlußwort und der bekannte Politologe Konrad Löw als Gegenpart nur rund zehn Minuten. Der praktizierende Katholik Löw hatte drei Monate vor Goldhagen eine sehr sorgfältig erarbeitete Recherche über die angebliche Schuld der Kirchen vorgelegt. Löw macht darin das einzig Richtige: Er läßt auch die Nationalsozialisten zu Wort kommen. Diese sahen in den Kirchen den stärksten Widersacher gegen Rassegesetze sowie tatkräftige Helfer und Beschützer der Juden. Den Christen sollte der Vernichtungskampf nach dem „Endsieg“ gelten.

Die Argumente mancher katholischer Persönlichkeiten, sei es der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier oder Karl Kardinal Lehmann, sind Goldhagen gegenüber vornehm zurückhaltend, ja sie suchen sogar Verständnis für die

Diffamierungen eines angeblich in der christlichen Botschaft begründeten Antijudaismus. Aber die Fakten sprechen eine andere und eine eindeutige Sprache.

Zunächst war Jesus selbst Jude. Er erklärte einer samaritanischen (also nichtjüdischen) Frau, daß das Heil von den Juden komme. Doch deshalb sind Jesu Zeit- und Volksgenossen nicht alle heilig und jeder Kritik enthoben. Wenn Jesus sagt: „Weh euch, ihr Schriftgelehrten und Pharisäer“, kann er nicht kollektiv verurteilt haben, denn er hatte auch in diesen Kreisen Anhänger. Jesus verurteilt die herrschende Glaubenshaltung. Da befindet er sich in guter Tradition des Alten Testaments. Was Jesus hier sagt, haben vorher alle Propheten ausgeführt; wo er anklagt, haben die Propheten viel mehr angeklagt.

Es zeigt sich, daß Goldhagen die Bibel offensichtlich nicht versteht. Daß Jesus sein Volk liebt, daß er für das Volk stirbt, kann niemals einem Haß auf dieses Volk entspringen. Die Evangelisten sollen angeblich später antisemitisch geworden sein, doch wie das? Sie waren mit Ausnahme des Lukas doch selbst alle Juden und kümmerten sich um das Heil ihres Volkes. Sie bekehrten Juden und lehrten in den Synagogen. So bestanden auch die ersten Gemeinden nicht nur in Jerusalem, sondern bis nach Rom aus Juden.

Goldhagen hätte bei dem Versuch, ein geschichtliches Buch zu verfassen, auch historisch vorgehen müssen. So erfolgte die erste Judendiskriminierung (genauer: der Hebräer oder Kinder Israels) längst vor dem „Neuen Testament“ – nämlich bereits durch die Ägypter. Auch war die Babylonische Gefangenschaft –



Den Deutschen unterstellte er in „Hitlers willige Vollstrecker“ einen gleichsam angeborenen Judenhaß. Jetzt ist die Kirche an der Reihe des Geschichtsklitterers: Daniel Goldhagen Foto: dpa

die Verschleppung fast aller Juden nach Babylon (heute Irak) – schwerlich von Christen initiiert, da sie 600 Jahre vor Jesus stattfand. Und als schließlich die Römer den jüdischen Staat vernichteten und den Staat Israel in Palästina umbenannten, saßen die Christen selbst als Verfolgte in irgendwelchen Kellern der antiken Metropole.

In solchem Zusammenhang wird auch gerne übersehen, daß das zweite Massaker – nach Christus – an Juden Religionsstifter Mohammed in Medina veranstaltete. Judenverfolgungen, die es leider im Abendland gegeben hat, sind nicht aus der Bibel begründbar, aus dem Koran schon.

Das sich immer wiederholende Argument lautet, daß die Evangelien und auch Paulus den Gottesmord der Juden anprangerten. Doch weisen Matthäus, Paulus, Petrus und andere auch immer wieder darauf hin, daß Jesus wegen unser aller Sünden gestorben ist. Jeder Christ weiß also, daß er selbst mitschuldig

am Tod von Jesus ist. Aus dem Neuen Testament einen Haß auf die Verkläger Jesu oder auf die römischen Exekutoren abzuleiten, ginge demnach vollständig am Tenor des Evangeliums vorbei.

Der neuere Antisemitismus ist übrigens keine Erscheinung des 20., sondern vor allem des 19. Jahrhunderts! Sein wichtigstes Merkmal: Er war rassistisch. Der Rassismus ist aber selbst bei weitherzigster Auslegung nicht aus den Evangelien oder gar aus den Briefen des Paulus herzuleiten. So ließe sich noch eher aus dem Alten Testament Rassismus begründen, niemals aus dem Neuen. Wenn Gott dem Petrus verdeutlicht, er solle auch zu Nichtjuden gehen, dann werden gerade hier bestehende Schranken überschritten. Auch das Gleichnis vom barmherzigen Samariter belegen, wie das Neue Testament rassistische Vorurteile ablehnt.

Weil im Neuen Testament die Juden als „Kinder des Satans“ von dem aus dem Geschlechte Davids

stammenden Jesus titulierte wurden, so dient dies Goldhagen als Beleg für seine Argumentation. Er überlas dabei, daß Jesus auch seinen wichtigsten Nachfolger Petrus so bezeichnete (Matthäus 16,23): „Weiche von mir, du Satan, du meinst nicht, was göttlich ist.“

Die Bibel ist nicht antijüdisch und schon gar nicht antisemitisch. Goldhagen fischt sich aus dem 1. Brief an die Thessalonier die Bemerkung von Paulus heraus, daß die Juden die Propheten und Jesus getötet haben und ihn nun daran hindern wollen, das Evangelium auch in außerjüdische Regionen zu tragen. Unterschlagen wird aber die deutliche Aussage des Paulus aus dem Römerbrief, wo er Israel mit einem Ölbaum vergleicht, die bekehrten Heiden aber nur mit einem leicht wieder auszureißenden, eingepfropften Zweig. An anderer Stelle schreibt Paulus: „Das Evangelium ist eine Kraft Gottes, die selig macht alle, die daran glauben, die Juden zuerst und ebenso die Griechen.“ Man könnte hier eher Diskriminierendes gegenüber Nichtjuden herauslesen.

Die unglaublichste Behauptung stellt Goldhagen mit der Bemerkung auf, daß Christen wegen ihrer Religion des Hasses auf Juden nun seit 2.000 Jahren schwere Verbrechen und anderes Unrecht an Juden begangen hätten. Massenmord eingeschlossen. „Der größte und bekannteste Fall eines solchen Massenmordes ist der Holocaust.“ Bisher ist noch keiner der Forscher darauf gekommen, Hitler als Christen zu bezeichnen. Die nationalsozialistische Bewegung war zutiefst antichristlich. Ihre Heilsverkündung („Heil Hitler“) und das 1.000jährige Reich, Begriffe wie Blut und Boden, ein Führer usw. stellten eine Verdrehung biblischer Begriffe dar. Ausgerechnet dieser Bewegung die Aura des Christlichen zu geben offenbart Goldhagens Unsachlichkeit.

Die ersten Opfer jener atheistischen, gegen Gott gerichteten Macht waren nicht Juden, sondern Regimekritiker. Darunter Christen, wie der bereits 1934 in Dachau zu Tode gefolterte Fritz Gerlich, Herausgeber der katholischen Zeitschrift „Der gerade Weg“. Auch an diesem Punkt zeigt sich, wie widersinnig und absurd Goldhagens Argumentation letztlich ist. ■

»WENIGSTENS EIN GOTTESDIENST«

CSU-Politiker Gauweiler kritisiert Thierse (SPD): Parlament ignoriert Reformationstag

Die Mehrheit der Deutschen ist evangelisch – bemerkt Peter Gauweiler, und wundert sich: Nicht einmal der Bundestag mochte den 31. Oktober, den Tag, als Martin Luther seine 95 Thesen veröffentlichte, würdigen. Es wurde ein ganz normaler Sitzungstag. Wir dokumentieren einen offenen Brief an Bundestagspräsident Thierse, in dem der CSU-Politiker fordert, wenigstens das Parlament möge seiner Vorbildfunktion gerecht werden:

Hochverehrter Herr Bundestagspräsident,

die heutige Sitzung veranlaßt mich, Sie mit der Frage nach dem Umgang des Bundestages mit christlichen Feiertagen zu befassen: Als neu gewählter Bundestagsabgeordneter bin ich verwundert, daß an

einem wichtigen Gedenktag – der immerhin in fast jedem dritten Bundesland gesetzlicher Feiertag ist – überhaupt eine Bundestagsitzung stattgefunden hat, nämlich heute am Reformationstag.

Die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland ist evangelisch, und diese Tatsache hat bekanntermaßen ihren Ursprung darin, daß Martin Luther am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen veröffentlichte. Von daher finden in Tausenden von Kirchen heute Gottesdienste statt.

Zu Recht wurde dieser Tag nach der friedlichen Revolution in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einem gesetzlichen Feiertag. Es gebietet die Achtung

vor diesem Tag, daß keine Plenarsitzungen am Reformationstag stattfinden. Wenn man aber schon meint, sie an diesem christlichen Feiertag unbedingt durchführen zu müssen, dann sollte man wenigstens zu Beginn des Tages oder an seinem Ende ein Wort über seine große Bedeutung verlieren.

Deutschland gilt weltweit als „Mutterland der Reformation“. Gleichzeitig verstehen wir uns als Kulturnation. Um so mehr wäre es wichtig gewesen, diesen Tag im Reichstagsgebäude anders zu gestalten. Von daher bitte ich herzlich zu prüfen, ob dies im nächsten Jahr entsprechend gemacht werden kann; konkret: ob es nicht möglich ist, an diesem bedeutenden Tag – wie auch an anderen christlichen Feiertagen – ganz auf Sitzungen zu

verzichten. Wenn nicht, ob dann wenigstens ein reformatorischer Gottesdienst oder ein angemessenes Gedenken stattfinden kann.

Ich glaube, daß diese Bitte auch etwas mit der öffentlichen Vorbildfunktion des Parlaments zu tun hat: Heute waren zwar alle Medien voll mit „Halloween“ – vom Reformationstag aber war fast nirgendwo die Rede. Ich glaube, daß wir einem solchen Entschwinden unserer Kultur nicht gleichgültig gegenüberstehen dürfen, und begründe auch damit mein Anliegen.

Ich wünsche Ihnen und uns Gottes Segen und verbleibe mit freundlichen Grüßen.



„Wir dürfen dem Entschwinden unserer Kultur nicht gleichgültig gegenüberstehen“: Peter Gauweiler (53) war 1990 bis 1994 Bayerns Umweltminister und sitzt seit kurzem im Bundestag. Der CSU-Politiker begann seine Karriere als enger Vertrauter von Franz Josef Strauß und gilt als einer der konservativen Vordenker in der Union. Foto: dpa

TOLERIERTER RASSISMUS

Simbabwe verjagt Weiße und erhält trotzdem Entwicklungshilfe / Von E. HAMER

Täglich gehen die Schreckensbilder aus Simbabwe durch das Fernsehen. Die verbliebenen weißen Farmer in diesem Land werden durch die sozialistischen Horden des Altkommunisten Mugabe gefoltert, geschlagen, getötet, vertrieben, nur weil sie Weiße sind. Der alternierende Mugabe gibt seinen Genossen sogar noch Beifall und Legitimation. Er benutzt schwarzen Rassismus, um die Wut seiner schwarzen Kämpfer über den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes von sich und auf andere abzulenken.

Würde auch nur ein geringer Teil solch rassistischer Ausschreitungen in irgendeinem weißen Land passieren, würde die gesamte Weltpresse über dieses Land und über diese Regierung herfallen. Bei schwarzem Rassismus beläßt man es bei einigen mahnenden Worten des schwarzen Uno-Generalsekretärs. Ein Abzug von Botschaftern oder Boykott der Europafunktionäre gegenüber diesen rassistischen Taten bleibt aus. Auch Ökopaxe und andere sonst immer sofort schreiende angebliche Menschenfreunde der linken Szene bleiben ruhig gegenüber dem, was in Simbabwe geschieht und was anderswo nicht einmal denkbar sein darf.

Am schlimmsten ist es aber, daß immer noch Gelder aus unserer Entwicklungshilfe aus Europa, Amerika und den Entwicklungsfonds an die Anstifter und Verantwortlichen dieses Rassenkrieges fließen. Wer Mugabe und seine rassistischen Horden noch weiterhin mit Geld unterstützt, macht sich mitschuldig mit dem, was dort an Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschieht. Statt daß Mugabe wie die serbischen Kriegsverbrecher vor ein Tribunal gezogen wird, wird er weiterhin unterstützt und finanziert.

Der Skandal läuft weiter: Wenn die 7.000 weißen Farmer nach alter kommunistischer Tradition liquidiert und aus dem Land vertrieben sind, werden damit die wichtigsten noch funktionierenden Sozialpro-

duktträger dieses Armenhauses ebenfalls verschwunden sein und wird allgemeine Armut und wirtschaftlicher Zusammenbruch folgen. Dann aber werden die gleichen Täter wieder nach internationaler Hilfe rufen – und sie bekommen –, die vorher diesen Zusammenbruch vorsätzlich verschuldet haben. Die Funktionäre der internationalen Hilfsorganisationen stehen schon in den Startlöchern, mit den Geldern der Industrieländer wieder neue

Betreuungsaufträge dort übernehmen zu können.

Während also im Falle Österreich schon nur die Behauptung, man wolle die Einwanderung begrenzen, in der ganzen Welt als Rassismus gewertet und mit übereiltem Boykott beantwortet wurde, darf sich schwarzer Rassismus nicht nur ungestraft unter den Augen der gleichen Politiker austoben, sondern wird auch noch finanziert. ■



Annan (l.) und Mugabe im Gespräch: Mugabes kämpferische Rede vor dem UN-Weltgipfel in Johannesburg hat alte Ängste geweckt. Der 78jährige Präsident stellte die chaotischen Verhältnisse in Simbabwe sogar als positiv zu wertenden Unabhängigkeitskampf dar. Foto: dpa

DER EWIGE STACHEL DES NEIDES

Wie Hochleistungsschüler planmäßig demotiviert werden / Von Christa MEVES

Wo immer Hans Olaf Henkel, dem ehemaligen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, in den Medien das Wort gegeben wird, wird er nicht müde, darauf hinzuweisen, daß es das dominante Streben nach Gleichheit auf Kosten der Freiheit sei, das den Niedergang in Deutschland hervorriefe. Kompetent belegt er das in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Aber dabei bleibt er nicht stehen: „Pisa war längst vorauszusehen“, betont er, denn wir seien in Deutschland geradezu planmäßig darauf bedacht, geistige „Mittelmäßigkeit“ zu produzieren. Wir verschleuderten durch ein egalisiertes Schulsystem unsere Ressourcen und seien deshalb dem internationalen Wettbewerb auf Dauer nicht mehr gewachsen. Vor den skeptisch bis hämisch zuhörenden und nachhakenden Journalisten vom „Focus“ und vom „Tagesspiegel“ mußte er sich fragen lassen, ob diese Einschätzung nicht „allzu radikal“ und zumindest reichlich „übertrieben“ sei. Aber wer Gelegenheit hat, sich – zumindest wie ich in Niedersachsen – mit der Schulwirklichkeit unserer Kinder zu beschäftigen, kann bestätigen, daß nicht allein das unzureichende Niveau in den Kulturtechniken der Grundschüler, sondern vor allem auch die geradezu planmäßige

Verhinderung von Elitebildung durch Rasenmähermethoden gegen schulisch herausragende Schüler nicht selten ist.

Drei Beispiele: 1. Der Viertkläbler einer Gesamtschule glänzt in den drei Hauptfächern mit Einsen. Sie werden im Zeugnis mit „gut“ bewertet. Er fragt die Klassenlehrerin, warum er so heruntergestuft sei, und sie antwortet: In der Schule komme es nicht nur darauf an, Einsen zu schreiben. Für ihn sei es wichtig ge-

GLEICHHEITSSTREBEN ENDET IN MITTELMÄSSIGKEIT

wesen, zu lernen, mit den anderen, die nicht so gut seien, mitzuhalten.

2. Eine Siebtkläblerin hat mit viel Fleiß erreicht, daß sie in allen englischen Klassenarbeiten mit „sehr gut“ abgeschnitten hat. In der letzten vor den Ferien ist ihr Heft voller roter Tinte. Die Lehrerin hat spitzfindig – und sachlich falsch, wie ein anderer Anglist bestätigt – Richtiges als falsch angestrichen, um die im Zeugnis dann erfolgende herabgesetzte Zensur zu begründen.

3. Ein Studienrat – Hauptfach Deutsch – ist in der Schule als ein

Lehrer bekannt, der selbst hervorragende Leistungen allenfalls mit einem seltenen „gut“ und im Oberstufenbereich im Bestfall allenfalls mit 10 Punkten (= 2-) benotet. Da sich das herumgesprochen hat, wählen viele sprachlich begabte Schüler Deutsch nicht mehr als Leistungsfach. Einige germanistisch und literaturgeschichtlich hochmotivierte Schüler wagen es dennoch in der Hoffnung, daß ihnen ein bewährter Lehrer zugeteilt wird. Aber sie haben Pech. Am Beginn der 12. Klasse, als der unbeliebte Lehrer den Deutsch-Leistungskurs übernommen hat, spricht er selbst seine rigide Benotung an. Er gibt dazu folgende Erklärung ab: „Ich wollte nach meinem Abitur gern Medizin studieren. Aber ich hatte keine so guten Noten, daß ich den Numerus clausus brechen konnte. Das einzige, was mir übrigblieb, war, Germanistik zu studieren, obgleich ich dafür keinen Draht habe. Wenn das Studium für euren Berufswunsch einen Numerus clausus erfordert und ihr den nicht erreicht, müßt ihr eben auch etwas anderes machen.“

Henkel übertreibt nicht. Es ist hierzulande möglich, daß Hochleistungsschüler planmäßig demotiviert werden, weil in den entsprechenden Pädagogen während ihrer Ausbildung der Stachel des Neides

durch die Gleichheitsideologie ein schäbige Rechtfertigung erfahren hat. Dieser spricht aller echten pädagogischen Verantwortung und aller wahren pädagogischen Zielsetzung – nämlich der sittlichen Bildung und der Förderung eines möglichst hohen Leistungsniveaus der Schüler – geradezu Hohn. Aber bevor das nicht als ein durchgängiger Wahn in unserer Gesellschaft erkannt und zum Teufel gejagt worden ist, kann der Fehlweg nicht – und ganz gewiß nicht durch noch mehr die Schülerleistung strangulierende Kontrollen auf den Oberschulen – aufgegeben werden. Unmenschlichkeit in der Pädagogik, auf dem Boden der Ideologie des Neides, ist ein Widerspruch in sich, denn das dient nicht der konstruktiven Gestaltung des menschlichen Geistes und vertritt damit alle so beachtlichen Ansätze, die im „Jahrhundert des Kindes“ auf diesem Sektor geleistet wurden. Aber mehr noch: Die Ideologie des Neides – als soziale Gerechtigkeit verbrämt – ist ein Postulat, das unserem Land seit dreißig Jahren unentwegt unermeßlichen Schaden zufügt, indem sie den Nachwuchs aus bemühten Familien benachteiligt und so die Zukunft unserer Gesellschaft gefährdet. ■

Die Autorin ist Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin.



Gedanken zur Zeit:

GRUSELFUTTER STATT MARTIN LUTHER

Von Wilfried BÖHM

Der 31. Oktober ist – oder besser gesagt: war – als Reformations-tag der Inbegriff des evangelischen Feiertages nicht nur in Deutschland, sondern des weltweiten Protestantismus. Er erinnert an die 985 Thesen Martin Luthers, die er am 31. Oktober 1517, dem Tag vor dem großen christlichen Fest Allerheiligen, von Wittenberg aus bekannt machte und damit die Reformation einleitete. So gesehen ist der Reformationstag auch das Fest zum Gedenken an Martin Luther, den Bibelübersetzer, der zum Schöpfer der neuhochdeutschen Schriftsprache wurde und in unzähligen Reden bewies, daß er „dem Volk aufs Maul geschaut“ hatte, „den Kindern auf der Gasse und dem gemeinen Mann auf dem Markt“.

Darüber hinaus ließen Luthers Aufbegehren gegen den Papst in Rom, die Reaktion des Papstes und die Verbreitung der Lehren Luthers durch die neue Erfindung des Buchdrucks in vielen Kirchen, Universitäten, in den Schlössern mancher Obrigkeit, in vielen freien Reichsstädten und beim „gemeinen Volk“ die „Freiheit“ wittern. Deutsch wurde auch in gelehrten Kreisen gesellschaftsfähig, weil man das wichtigste Buch komplett in leicht

verständlichem Deutsch und nicht nur mit dem Wörterbuch lesen konnte.

Zugleich bedeutete Luthers „Ich kann nicht anders. Gott komm mir zu hilf. Amen. Da bin ich“ eine der größten Offenbarungen neuzeitlichen Freiheitsbewußtseins und der Selbstbestimmung des einzelnen. Luther beanspruchte damit die Freiheit der Persönlichkeit, ohne ihre Gottesbindung und die zum Volk zu leugnen. Aus der gewollten Reformation der Kirche wurde die erste große Freiheitsrevolution der Deutschen, über die der große britische Religionshistoriker und Schriftsteller Ernest Renan im Jahr 1870 sagte: „Deutschland hat die bedeutendste Revolution der neueren Zeit, die Reformation, gemacht.“

Die Deutschen, denen nach den Untaten Hitlers die Geschichtsklitterei eingeredet werden sollte, es führe ein direkter „deutscher Sonderweg“ in der europäischen Geschichte „von Luther über Friedrich den Großen und Bismarck zu Hitler“, haben statt dessen seit und durch Luther eine große Freiheits-tradition. Sie kommt eindrucksvoll zum Ausdruck in den Städtefreihei-

ten des Mittelalters, in des großen Königsberger Philosophen Kants „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“, den preußischen Reformern, den Freiheitsbewegungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, dem mutigen „Nein“ der Sozialdemokraten zu Hitlers Ermächtigungsgesetz, dem 20. Juli 1944, dem 17. Juni 1953, dem deutschen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit gegen das sowjetische Weltherrschaftsstreben und in der friedlichen Revolution gegen den Kommunismus im Jahr 1989. Darum wäre die Erinnerung an Luthers Handeln am Reformationstag des 31. Oktober 1517 und damit verbunden ein Nachdenken über Deutschland ganz gewiß ein wichtiger Beitrag zum nationalen Selbstbewußtsein der Deutschen in Europa.

Zwar wird das Reformationsfest seit 1667 gefeiert, gesetzlicher Feiertag ist der 31. Oktober jedoch nur noch in den fünf Bundesländern, die bis 1990 zum Gebiet der DDR gehörten. In den evangelischen Kirchen Deutschlands selbst findet die nationale Bedeutung Luthers kaum noch Widerhall, statt dessen sind „Selbstbesinnung und Selbstprüfung der eigenen Kirche und des ei-

genen Lebens“ Hauptinhalte des Reformationsfestes.

Kein Wunder, daß aus dem öffentlichen Bewußtsein der Reformationstag und Luther als der Begründer der einheitlichen deutschen Sprache verdrängt sind und statt dessen von Geschäftsinteressen beflügelt das angloamerikanische Halloween (all hallow evening) als das Fest des Abends vor Allerheiligen

DER REFORMATIONSTAG WIRD DURCH DAS KELTISCHE HALLOWEEN ERSETZT

lärmenden Einzug hält. Das im Sprung keltisch-angelsächsische, heidnische Fest, das heute hauptsächlich in den USA, in Schottland und Wales mit vielen, oft frivolen Bräuchen begangen wird, sollte mit Opfern, Feuer und Maskeraden die Geister, Hexen und Dämonen vertreiben. Die Bräuche gehen auf die alten Druiden zurück, für die der Gott der Toten an diesem Abend Scharen von bösen Geistern herbeirief, die mit großen Feuern abgewer-

tet werden sollten. Die Kelten erforschten an diesem Abend die Zukunft und glaubten, daß die Toten ihre irdischen Wohnstätten wieder aufsuchten.

Darum geht es heutzutage an Halloween auch in Deutschland schön schaurig zu. Die Schüler einer hessischen Gesamtschule trafen sich „halloweenmäßig verkleidet“, wurden vom „Grusel-Kosmetik-Team“ in grüne Zombies, bleiche Gespenster und picklige Hexen verwandelt, bevor sie in ihre Klassenzimmer gingen, die mit unheimlichen Monstern, kleinen Hexen und furchterregenden Skeletten bevölkert waren. Wer mit seiner Bastelarbeit fertig war, konnte sich das Gruselfutter schmecken lassen, das aus „abgehacktem Würstchen-Finger mit Ketchup-Blut“ bestand und dazu den Grusel-Fusel mit der appetitlichen Bezeichnung „Eiter-Limonade“ trinken. Die lieben Mütter hatten für alles gesorgt. Am Nachmittag klang die große Gruselparty aus – passend zu Halloween im Jugendclub „Youth Cafe“. Der junge Österreicher, der am 31. Oktober den Zuruf „Halloween!“ als „Hallo Wien!“ mißverstanden und prompt mit „Hallo Berlin“ antwortete, war offensichtlich nicht auf der Höhe der Zeit.

Die Deutschen, froh darüber, daß ihnen das sozialistische „Väterchen Frost“ am christlichen Weihnachtsfest erspart geblieben ist, wünschen sich „Happy Birthday“ und machen aus ihrem Reformationstag ein Halloween-Spektakel. Martin Luther läßt schön gebewert ... ■

PRÄSIDIUMSENTWURF SPALTET DIE GEISTER

Nordeuropäer sehen EU auf den Weg in den Bundesstaat / Von Karl P. GERICK

Der Rohbau der Europäischen Verfassung steht. In der nun dem Europäischen Verfassungskonvent vorliegenden Gliederung sollen die Kompetenzen und das Verhältnis der einzelnen europäischen Organe wie Parlament und Kommission, aber auch von Rat und den Ausschüssen zueinander geregelt werden. Die Beziehung der Organe zu den Einzelstaaten und die Ziele und Werte der Union sollen hier festgeschrieben sein. Vor allem der Bezug zur europäischen Menschenrechtscharta stellt den Unterschied des geplanten Verfassungswerkes zu den vorausgegangenen Verträgen von Rom bis Maastricht und Nizza dar. Diese unter Federführung des früheren Bundespräsidenten und Richters am Bundesverfassungsgericht Roman Herzog entstandene Charta ist zur Zeit noch unverbindlich. Sie soll aber durch die Einfügung in die Europäische Verfassung Gesetzescharakter erhalten.

Valéry Giscard d'Estaing, der ehemalige Präsident der Französischen Republik, ist Vorsitzender des Präsidiums des Europäischen Verfassungskonventes und maßgeblicher Gestalter der künftigen europäischen Verfassung



Foto: dpa

Vertreter der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, ein Vertreter pro Mitgliedsstaat, und 30 Vertreter der nationalen Parlamente an, zwei Vertreter pro Mitgliedsstaat. Von seiten der Europäischen Union nehmen an den Sitzungen des Konventes 16 Mitglieder des Konventes und zwei Vertreter der Kommission teil. Aber das Wichtigste ist, daß die Bewerberländer an den Beratungen des Konventes beteiligt sind. Auf diese Weise nehmen Nichtmitglieder der EU, wenn sie auch bald nach allem Bestreben mit im europäischen Boot sitzen, an

der Meinungsbildung bezüglich der künftigen Gestalt eines möglichen europäischen Bundesstaates teil. Sie bereiten ihre Mitgliedschaft selbst durch die Mitsprache an der Vorbereitung der Verfassung aktiv vor - ohne daß die Völkerschaften oder verfaßten Organe im jetzigen Stadium der Diskussion an der Meinungsbildung teilhätten. Oder findet in der Öffentlichkeit eine Diskussion über den Inhalt und die Art eines verfaßten Europas statt? Diese Debatte vollzieht der Konvent stellvertretend, unter der Beobachtung der Ausschüsse, des Gerichtshofes, des Rechnungshofes und des Bürgerbeauftragten, die sich auf Antrag zu Wort melden dürfen. Weniger Beobachtung vollzieht sich hier zur Zeit durch die Medien und durch die Bürger. Auf die Reaktion einer unmittelbaren Wortmeldung interessierter Bürger vor dem Konvent zu Fragen der Verfassungsgestaltung wäre ich gespannt. Sie würde wohl kaum möglich sein - oder? Schließlich debattiert der Konvent nur Vorschläge aus dem Präsidium - und nicht aus den Volk. Diese Vorschläge tragen ganz entscheidend die Handschrift von Valéry Giscard d'Estaing.

Es geht ihm hierbei darum, zwei noch nebeneinander existierende europäische Modelle zusammenzuführen, und dies ist ein Rückgriff auf den Europa-Enthusiasmus der End-Siebziger Jahre unter Helmut Schmidt und eben diesem französischen Präsidenten. Zusammengefügt werden soll das sich aus der

Montan-Union der fünfziger Jahre und der EWG entwickelte ökonomische System der Europäischen Gemeinschaft (EG), das sich über die römischen Verträge, den Maastricht-Vertrag bis zur Einführung des Euro fortentwickelt hat mit der im Maastricht-Vertrag festgeschriebenen Existenz der Politischen Union, die eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Verteidigungsidentität besitzt. Aus diesem Grunde müsse auch die Namensgebung der Europäischen Union überdacht werden, so Giscard, da es sich dann schließlich um ein neues Gebilde handele. Zu diesem Gebilde zähle dann der auch noch zu schaffende Volks-Kongreß, dem Mitglieder aus dem EU-Parlament und den nationalen Parlamenten angehören sollen. Das Ganze könne dann wirklich „Vereinigte Staaten von Europa“ heißen. Später regt sich jedoch der Unmut und tun sich die altbekannten Unterschiede innerhalb der EU wieder auf. Ist es das deutsche und schließlich auch französische Interesse - wie auch das der kleineren unmittelbaren Grenzstaaten zu Deutschland im Westen, in der Mitte Europas ein Zentrum ökonomischer Prosperität und militärischer Sicherheit zu haben?

eines Präsidenten würde der Charakter der Union verändert. Damit würde die EU zu einem Bundesstaat. „Diesen Weg wollen wir nicht einschlagen“, sagte er. Ähnlich äußerten sich der finnische Ministerpräsident Paavo Lipponen und Anders Fogh Rasmussen, sein dänischer Kollege. Somit scheint die Idee von den „Vereinigten Staaten von Europa“ in Name und Art mehr Illusion als Vision. Selbst die Idee von einem einheitlichen Paß für alle Bürger in den Grenzen der EU mit allen hiermit verbundenen Schutzrechten und Pflichten stößt verschiedentlich auf Ablehnung. Gerade eben der Vorschlag eines frei, geheim und unmittelbar gewählten europäischen Präsidenten - als Pendant zum US-Präsidenten oder auch zum Präsidenten der russischen Föderation - wird als ein Eingriff in nationalstaatliche Souveränität be-

DEN USA IST EIN
ENG VEREINTES EUROPA
NICHT RECHT

griffen. Den USA kann ein so eng vereintes Europa mit Deutschland im Zentrum ohnehin nicht recht sein. Denn anders als die Nationalstaaten Frankreichs und Großbritanniens allein würden dieselben Staaten und Völker auf dem Balkan und im Nahen Osten in bezug auf das Öl der Araber und hinsichtlich der islamischen Gefährdung viel gezielter und kraftvoller durch einen gewählten europäischen Präsidenten und den Mister GASP auftreten können. Man wäre wirkliche Konkurrenz der Supermacht und logistisch wesentlich näher am russischen Gas und arabischen Öl. Und wie würde sich für einen amerikanischen Präsidenten ein Nein aus Brüssel dann anhören, verglichen mit der wahlkampfaktiven Kritik Schröders am US-amerikanischen Vorgehen gegen den Irak? Das Spiel mit den verschiedenen Bällen der europäischen Außenpolitik ist für Europa konstituierend und dürfte einen amerikanischen Präsidenten auch weiterhin eher an die Grenzen seines Könnens führen.

DIE EUROPÄISCHE CHARTA
SOLL EIN TEIL
DER VERFASSUNG WERDEN

Dennoch sind allen Planungen zur europäischen Verfassung bis zum heutigen Tage fromme Wunschkonstruktionen, wenn sie auch an Kontur gewinnen. Verantwortlich für die Vorlage des Verfassungsentwurfs ist der „Europäische Verfassungskonvent“ und hier vor allem der ehemalige französische Präsident Giscard d'Estaing. Es ist schon eine ausgesprochen verwunderlich, daß es neben allen existierenden europäischen Institutionen und einem Europäischen Parlament nun auch noch eines Konventes bedarf, um die europäische Einigung voranzutreiben. Erklärbar nur durch den Reformstau und die notwendigen Änderungen und Vereinfachungen für den administrativen europäischen Alltag vor einer Osterweiterung, welche mittelfristig aus 15 beinahe doppelt so viele EU-Mitglieder werden läßt. Dem Konvent gehören neben seinem Präsidenten und seinen beiden Vize-Präsidenten 15

SCHICKSALSWAHLEN IN ÖSTERREICH

Kommt es in Wien doch zu Rot-Grün? / Von R. G. KERSCHHOFER

Der bisher flauere Wahlkampf geht jetzt in die „heiße Phase“ - einerseits mit den üblichen Fernsehreden und andererseits wegen neuerlicher Turbulenzen in der FPÖ. Im Fernsehen gibt es zunächst „Duelle“ der vier Spitzenkandidaten, jeder gegen jeden, und am 21. November, drei Tage vor der Wahl, eine „Elefantenrunde“ aller gegen alle. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als alter Routinier hat hier klar die besseren Karten. Sein SPÖ-Gegenspieler Gusenbauer wird deshalb nicht nur von dem Amerikaner Stanley Greenberg, sondern neuerdings auch von der Schröder-Beraterin Hillu Lex auffrisrt. Als Alt-Juso, der einst beim Landen in Moskau den Boden geküßt und „Heimat“ gerufen hatte, fällt ihm das Überzeugen aber schwer. Oder wie es kürzlich jemand ausdrückte: Man merkt ihm zu viel Intelligenz an, als daß man ihm seine platten Apparatschik-Floskeln als ehrlich gemeint abnehmen könnte.

Der erst kürzlich gewählte FPÖ-Chef Reichhold mußte überraschend ins Spital eingeliefert werden und trat von allen Funktionen zurück. Seine Aufgaben als Spitzenkandidat und provisorischer Parteichef übernimmt Sozialminister

Haupt, ein langjähriger Vertrauter von Jörg Haider. Mit diesem neuerlichen Wechsel an der Spitze - die Plakat-Werbung mit Reichhold hatte bereits voll eingesetzt! - läuft die FPÖ Gefahr, auf den vierten Platz hinter die Grünen zurückzufallen.

Der grüne Listenführer van der Bellen, ein bürgerlich wirkender Universitätsprofessor, gilt als Paradebeispiel dafür, wie sich linksradikale Parteien Schafspelze umzuhängen suchen. Eine Rechnung, die bisher aufzugehen scheint.

SCHÜTZENHILFE AUS
DER BUNDESREPUBLIK
IST NICHT GEFRAGT

Anders als in früheren Wahlkämpfen ist diesmal Schützenhilfe von jenseits der Grenzen wenig gefragt. Da die Union nicht die Wende schaffte, wäre ein Nicht-Kanzler Stoiber für den Noch- und Vielleicht-wieder-Kanzler Schüssel wenig nützlich. SPÖ und Grüne wiederum werden sich erst recht hüten, bei der Firma Schröder & Fischer um Wortspenden anzuklopfen, denn

die wirtschaftlichen Horror-Meldungen aus der Bundesrepublik und die rot-grünen Wahlversprechungen („kaum versprochen, schon gebrochen“) sind dem österreichischen Normalverbraucher durchaus bekannt.

Für Rot-Grün ergibt sich eine delikate Situation angesichts der Gerüchte um Abwanderung deutscher Konzerne: Denn bei allen wirtschaftlichen Kennzahlen hat Österreich bessere Werte, und jüngst erst veröffentlichte der Gewerkschaftsbund seine Streikstatistik 2001, Streikdauer: satte Null-Komma-Null Sekunden. Speziell im Falle Siemens entbehren die Gerüchte nicht einer gewissen Logik, ist doch Siemens in Österreich mit Staat und Gesellschaft engstens verbunden und mit rund 20.000 Beschäftigten einer der bedeutendsten Arbeitgeber. Eine Übersiedlung würde sich natürlich nicht auszahlen, falls es auch in Österreich eine links-linke Koalition geben sollte - und um diese nicht zu gefährden, müssen sich Schröder & Fischer mit „Unterstützung“ zurückhalten!

Bisher hatte sich ein - annähernd ausgewogener - Lager-Wahlkampf Rot-Grün gegen Schwarz-Blau abge-

zeichnet. Etliche der konkreten Maßnahmen, Programmpunkte und Personalentscheidungen erwecken aber eher den Eindruck, als wollten die Parteien dem jeweiligen Koalitionspartner die Wähler ausspannen. Jüngste Beispiele: Der linkskatholische ÖVP-Innenminister konzentriert sich plötzlich auf den Kampf gegen Asylmißbrauch und Drogenhandel - typische Kernthemen der FPÖ. Die SPÖ wiederum präsentiert als zukünftiges Regierungsmitglied die evangelische Superintendentin des Burgenlandes, eine bewährte Frontkämpferin bei regierungsfeindlichen Demos - doch bei den Präsidentschaftswahlen hatte sie für die Grünen kandidiert!

Haider's Haltung ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor: Seine massive Kritik an FPÖ-Ministern und die neuerliche Irak-Reise werden einerseits FPÖ-Wähler abschrecken, andererseits klassische „Haider-Wähler“ eher mobilisieren. Ob es sich insgesamt auszahlt? In jedem Fall macht es



Mischt wieder mit: Jörg Haider

Foto: dpa

eine Neuauflage von Schwarz-Blau weniger wahrscheinlich.

Da sowohl Schüssel als auch Gusenbauer ausschließen, in einer vom anderen geführten Regierung Zweiter sein zu wollen, hat es der Wähler schwer: Er wählt eine Partei und muß mit einer Koalition rechnen, die er gar nicht wollte. Oder er wählt einen Spitzenkandidaten und muß damit rechnen, daß dieser nach der Wahl abtritt - oder daß er sein Versprechen bricht und doch als Zweiter in die Regierung geht. Die „Partei der Nichtwähler“ kann sich freuen.

Neu in den Kinos:

SCHLESIENS WILDER WESTEN

Deutsch-polnischer Heimatfilm über ein Dorf im Riesengebirge / Von Martin SCHMIDT

Am 14. November kommt in Berlin ein außergewöhnliches Werk in die Kinos: „Schlesiens Wilder Westen – ein Heimatfilm“. Etwas später wird der Streifen ein halbes Jahr lang auch in vielen anderen deutschen Städten zu sehen sein, wobei er sicherlich kein Massenpublikum anspricht. Dafür fehlt – modern ausgedrückt – die „action“.

Dieser Film der 1957 im nieder-rheinischen Moers geborenen Ute Badura erfordert das genaue Zuhören und -sehen ebenso wie das Interesse für die Lebensschicksale normaler Menschen.

Über die volle Länge von 98 Minuten kommen heutige und frühere Bewohner des schlesischen Dorfes Seiferschau (poln: Kopaniec) zu Wort. Kein Kommentar stört ihre Erzählfreude und nötigt bestimmte Interpretationen auf.

Dennoch verfolgt der Film erkennbare Absichten, die über das rein Dokumentarische hinausgehen. Er will, wie es im Untertitel treffend heißt, ein „Heimatfilm“ sein und die untrennbare Verbundenheit von Menschen mit ihrer Heimat verdeutlichen.

Am Beispiel des Riesengebirgsdorfes Seiferschau sind dies die heutigen polnischen Einwohner sowie die Teilnehmer einer Busreise aus der Bundesrepublik nach Schlesien im August 2000. Die Kamera begleitet letztere schon bei der Anfahrt und dann während des Aufenthalts an jenem Ort, aus dem man sie zu meist ab dem Sommer 1946 vertrieben hat.

Seiferschau war ein Teil jener ost-deutschen Gebiete, denen die polnischen Neuankömmlinge angesichts chaotischer Verhältnisse den Beinamen „Wilder Westen“ verliehen. Der Film zeigt die früheren Bewohner vor den Ruinen ihrer Häuser oder im Gespräch mit Polen, die in erhalten gebliebenen Gebäuden

spricht Gefühle aus, die wohl die meisten ihrer Reisebegleiter ähnlich empfinden: „Wenn ich zu Hause bin und ich weiß, ich fahre nach Seiferschau, dann krabbelt es bei mir überall. Dann ist wieder das Gefühl da: Heimat, obwohl es eigentlich die Heimat nicht mehr ist.“

Wie es war, als noch die alteingesessene deutsche Bevölkerung in Seiferschau lebte, zeigen eingeblenete Schwarzweißfotos. Sie sind so geschickt gewählt, daß sie den Betrachter immer wieder auf kurze Zeitreisen in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts mitnehmen.

Andererseits werden Perspektiven für die Zukunft eröffnet: Zwei Polen aus der mittleren Generation erzählen in ihrer Sprache (der Film ist bei allen polnischen Gesprächspartnern mit deutschen Untertiteln versehen) über die eigene Beziehung zu den Deutschen, zu Schlesien und zu Seiferschau. Beide sind mit den Besuchen der ehemaligen Einwohner aufgewachsen und beklagen das mangelnde Interesse der älteren polnischen Generation an der deutschen Vergangenheit.

Ebenfalls zuversichtlich stimmt der Neubeginn, den ein jüngerer Deutscher und seine Familie in Seiferschau wagen. Als Sohn einer aus dem Ort vertriebenen Schlesierin hat Jörg Kaste entgegen allen Vorbehalten (insbesondere seitens der Mutter) inmitten der polnischen Umgebung ein altes Haus gekauft und auf Vordermann gebracht.

Aber nicht nur Erfreuliches kommt im Film zur Sprache, sondern auch schlimme Erinnerungen an die vielen Plünderungen und Vergewaltigungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Bei einem polnischen Zeitzeugen blieben diese Ereignisse unvergessen. „Manche behandelten die Deutschen wie den letzten Dreck!“ bedauert er. Eine ältere Frau zeigt sich ähnlich selbstkritisch angesichts des heutigen Zustandes des Dorfes: „Solche Rui-

kommen.“ Darüber hinaus wird das historisch nicht ganz zutreffende Selbstverständnis vieler Polen deutlich, ihr Volk sei im Zusammenhang mit dem Vertreibungs-geschehen bloßer Spielball stärkerer Mächte gewesen.

Bei Roman Rudnik äußert sich dieses Opferbewußtsein folgendermaßen: „Die Deutschen wurden ausgesiedelt, das waren die Gesetze. Dort hatten sie die Polen ausgesiedelt, an der Ostgrenze, und hier die Deutschen. Die Herren Ribbentrop und diese Amerikaner, Eng-

liche Bedeutung gehabt haben, dennoch wäre es für die historische Einordnung wichtig gewesen, auch die Unterschiede zu thematisieren.

Schon die Ausmaße sind sehr verschieden: Den rund 1,7 Millionen polnischen Zwangsausiedlern, die bis 1953 in Polen gezählt wurden, stehen im Nachkriegsdeutschland über sieben Millionen Vertriebene aus Schlesien, Brandenburg, Pommern, West- und Ostpreußen gegenüber. Während erstere in Ostpolen höchstens ein Siebtel der Bevölkerung ausgemacht hatten, war



Das Trauma des Heimatverlusts hat viele Gesichter:
Ewa Sygula lebt seit Jahrzehnten in Schlesien, doch von Ostpolen kann sie nicht loskommen

länder, Franzosen und Stalin haben doch die ganze Welt regiert. Sie haben es doch getan.“ Nicht minder aufschlußreich ist es, wenn ein Bauer ostpolnischer Herkunft die miserablen Böden rund um Seiferschau beklagt. Mit einer Güteklasse von 5

der deutsche Osten zu über 90 Prozent von Deutschen bewohnt. Außerdem verlief die Ausweisung der Polen geregelter, und nur wenige kamen körperlich zu Schaden.

Diese Kritik ändert jedoch nichts daran, daß „Schlesiens Wilder Westen“ auf beeindruckend authentische Weise deutsch-polnische Zeitgeschichte lebendig macht. Hier wurde mit großer Anteilnahme gedreht, was sich nicht zuletzt daraus erklärt, daß Ute Badura durch ihren in Schweidnitz geborenen Vater einen persönlichen Zugang hat.

Die Regisseurin zeigt ein tiefes Verständnis für das Trauma des Heimatverlusts. In einer Zeit, in der die allerorten geforderte Mobilität die Bindungen an bestimmte Orte und Landstriche auflöst, ist das alles andere als selbstverständlich.

Anfragen über Städte und Kinos, in denen „Schlesiens Wilder Westen“ zu sehen ist, sowie Vormerkungen für das ab etwa Mitte 2003 erhältliche Video sind zu richten an: Badura Filmproduktion, Körtr. 18, 10967 Berlin, Tel.: 030-69509194.

„WENN ICH WEISS, ICH FAHRE NACH SEIFERSHAU, DANN KRIBBELT ES BEI MIR“

ansässig wurden und häufig aus den sogenannten ostpolnischen Gebieten jenseits des Bugs stammen. Nicht selten pflegen diese Menschen untereinander seit Jahren herzliche Verbindungen.

Verschiedenste Eindrücke mischen sich: die Idylle der Riesengebirgslandschaft, das bis heute stark vernachlässigte Ortsbild von Seiferschau, die Gastfreundschaft der Polen, die Freude der vertriebenen Schlesier, endlich wieder „daheim“ zu sein, und die Trauer um das, was endgültig verloren ist. Die „Heimwehtouristin“ Marianne Rohleder

nen sind eine Schande für Polen. (...) Deutsche, die hierher kommen, sagen nichts Gutes über die Polen. Verdammst, sie haben Recht!“

Ansonsten spiegelt sich in den Antworten (ost)polnischer Protagonisten das Bedürfnis, nach Jahrzehnten kommunistischer Tabuisierung endlich offen über den Heimatverlust zu sprechen. Krzysztof Paszkowski erinnert sich: „Am Anfang hatte man schreckliche Sehnsucht nach dem Seinen, nach dem Haus; genauso wie die Deutschen Sehnsucht hatten, so sehnten wir uns auch danach wieder zurückzu-

bis 6 seien diese unvergleichlich schlechter als die 1er oder 2er Böden im alten Zuhause. Der Neuanfang in den vergleichsweise reichen Oder-Neiße-Gebieten wurde also keineswegs immer als wirtschaftlicher Aufstieg empfunden.

Vielleicht ist es die einzige inhaltliche Schwäche des Films, daß die Bevölkerungsverschiebungen in den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches und in Ostpolen durch die dargestellten Schicksale zu sehr parallelisiert erscheinen. Bei den einzelnen Menschen mag der Heimatverlust die gleiche schmerz-

Rußland hat (wieder) einen langen Arm, wenn es darum geht, eigene Interessen durchzusetzen. Wem das noch nicht klar war, der wurde durch die Reaktionen auf das Moskauer Geiseldrama eines Besseren belehrt.

Nicht genug, daß man in Tschetschenien eine neue Offensive zur Vernichtung des Widerstandes der Truppen des gewählten Präsidenten Maschadow plant. Man will die Tschetschenen auch auf diplomatischer Ebene ausschalten und die eigene Darstellung der kaukasischen Kämpfer als „islamistische Terroristen“ monopolisieren.

Bereits kurz nach dem Sturm auf das Theater ließ die Regierung Aserbaidschans auf russisches Verlangen eine Vertretung des freien Tschetscheniens schließen. Auch Georgien soll ein vergleichbares Konsulat dichtmachen, widersteht bisher jedoch dem Druck. Selbst Dänemark, das alles andere als eine vorrangige Einflußsphäre der frü-

Diplomaten im Kampfeinsatz:

MOSKAU MACHT MOBIL

In Riga soll ein tschetschenischer Straßename geändert werden

heren Supermacht darstellt, knickte ein. Am Rande eines großen Tschetschenen-Kongresses in Kopenhagen kam es zur Festnahme des Stellvertreters von Maschadow, Achmed Sakajew.

Rußland hatte Dossiers geliefert, die die Verstrickung des eigentlich als gemäßigt geltenden Polifikers in die jüngste Geiselnahme beweisen sollen. Tatsächlich geht es wohl darum, diesen wirkungsvollen Mann kaltzustellen. In seinen Händen lag beispielsweise die Internetpräsenz der Widerstandskräfte (kavkaz.org, chechenpress.com), die allerdings vor kurzem von russischen Spezialisten blockiert werden konnte.

Auch in Ostmitteleuropa regen sich die Sachwalter russischer Interessen. In Lettland gab es Ende Oktober eine bemerkenswerte Äußerung des Rigaer Bürgermeisters Gundars Bojars. Er forderte die Rückbenennung einer Straße, der man 1996 den Namen des ersten tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew gegeben hatte. Im April desselben Jahres war dieser durch russisches Militär ermordet worden.

In einem Interview für die Nachrichtenagentur BNS betonte Bojars, daß sich sein Land in bezug auf Straßennamen nicht ausländischem Druck beugen solle. Doch beim Bür-

germeister selbst zeitigte Moskaus Politik der harten Hand bereits Erfolg. Wörtlich erklärte er: „Ich begreife immer noch nicht, was Dudajew mit Lettland und Riga zu tun haben sollte.“

Unwissenheit kann hier nicht am Werke sein, denn die Verdienste des Tschetschenen um das Baltikum sind allgemein bekannt: Dudajew befahlige in der Endzeit des roten Imperiums eine strategische Bomberstaffel in Estland. Offen zeigte er Sympathien für die Freiheitsbewegung der baltischen Völker und tat alles, was in seiner Macht stand, damit die Rote Armee nicht erneut als Unterdrückungs-

Blick nach Osten

RECHTSSTREIT UM OSTPOLEN

Straßburg – Der Rechtsstreit des Polen Jerzy Broniowski gegen den eigenen Staat auf Entschädigungen für verlorene Besitztümer im einst ostpolnischen Lemberg wird nun vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt. Zuvor hatte er erfolglos alle polnischen Instanzenwege beschritten. Dabei wurde immer wieder darauf verwiesen, daß die Republik Polen bestehende Abkommen über Entschädigungen mit den ehemaligen Sowjetrepubliken nicht ratifiziert habe. In diesen Verträgen verpflichtete sich Warschau, selbst Ausgleichszahlungen zugunsten der vertriebenen Landsleute vorzunehmen. Nach offiziellen Schätzungen gibt es noch 60 000 bis 90 000 Personen, die auf solche Gelder oder Ersatz-Immobilien für Güter warten, die sie östlich des Bugs aufgeben mußten.

EU-Beliebtheitskala

Brüssel – Ungarn, Malta und Polen sind in den jetzigen EU-Mitgliedsländern die bevorzugten Beitrittsbewerber. Dies geht aus einem neuen Eurobarometer hervor, das auf der Grundlage einer im Frühjahr durchgeführten Befragung von 16 000 Menschen erstellt wurde. Am unbeliebtesten sind demnach die Türkei, Rumänien und überraschenderweise auch das wirtschaftlich mit am besten dastehende Slowenien. Die meiste Zustimmung zur Erweiterung gibt es in Dänemark, Griechenland und Spanien.

ZWEITWÄHRUNG EURO

Wilna – Eine am 22. Oktober vom litauischen Parlament verabschiedete Änderung des Devisengesetzes macht es schon in naher Zukunft möglich, daß der Euro in der Baltenrepublik als zweites gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt wird. Dann sollen sowohl Barzahlungen als auch Banküberweisungen in der Gemeinschaftswährung möglich sein.

SCHWABEN-OFFENSIVE

Esseg – Im kroatischen Esseg (Osijek) fand am 26./27. Oktober erstmals eine Versammlung des in Sindelfingen ansässigen Weltdachverbandes der Donauschwaben außerhalb der Grenzen des deutschsprachigen Raumes statt. Gastgeber für die Vertreter aus sechs europäischen Staaten sowie aus Nord- und Südamerika war die Volksdeutsche Gemeinschaft – Landesverband der Donauschwaben mit Sitz in Esseg. Deren Vorsitzender Nikola Mak berichtete u. a. über das Vorhaben, auf dem Lagerfriedhof im nahe gelegenen Valpovo ein Mahnmahl für die Leiden der Donauschwaben am Ende des Zweiten Weltkriegs aufzustellen und in einer Kapelle des Ortes eine Erinnerungsstätte einzurichten.

strument zum Einsatz kam. Diese mutige Haltung sollte außerhalb jeder Diskussion stehen und ist für die Letten zweifellos von größerer Bedeutung als die sowjetische Raumfahrt, an die Bojars durch eine Rückbenennung in „Kosmonautikas“-Straße erinnern will.

Auch die polnische Politik darf sich auf Moskauer Einnischungsversuche gefaßt machen. Denn das Land ist ein wichtiges Zentrum des tschetschenischen Exils, dessen Anliegen sich in der polnischen Öffentlichkeit breiter Zustimmung erfreuen. Immer mehr Flüchtlinge aus dem Kaukasus kommen hierher, zumal für die Einreise ihre russischen Pässe ausreichen.

Derzeit befinden sich auf polnischem Boden 1800 Tschetschenen in acht speziellen Lagern. Bis zur geplanten Einführung einer Visumpflicht für Bürger der Russischen Föderation am 1. Juli 2003 dürften es noch erheblich mehr werden. **Viktor Schäfer**

VERTREIBUNG AUS DER GESCHICHTE

Ohne Gegenleistung werden Polen deutsche Kulturgüter übergeben

Überaus geschichtsträchtige Urkunden des Deutschen Ordens und katholische Kirchenbücher aus den deutschen Ostgebieten werden an polnische Dienststellen übergeben. Damit findet nach der unrechtmäßigen Vertreibung eine weitere, nämlich die aus der Geschichte, statt.

Die Übergabe der katholischen Kirchenbücher erfolgte Mitte Juni dieses Jahres. Die 3.469 Kirchenbücher, vor allem aus den Gebieten Allenstein, Danzig, Elbing, Gnesen, Pelplin und Thorn, lagerten bisher im Kirchenbücherarchiv in Regensburg. Diese Kirchenbücher gehören nach Rechtsauffassung der Deutschen Bischofskonferenz der Katholischen Kirche und nicht den einzelnen Gemeinden. Deshalb wurde auf der deutsch-polnischen Bischofskonferenz im letzten Jahr vereinbart, die mühsam geretteten Kirchenbücher aus der Zeit vor der Vertreibung der Katholischen Kirche in Polen zu übergeben. Häufig werde behauptet, so Helmut Wiesmann von der Deutschen Bischofskonferenz, das Interesse der Katholischen Kirche in Polen läge darin begründet, „daß diese geeignet wären, einen Anspruch auf die östlich von Oder und Neiße gelegenen ehemaligen deutschen Gebiete zu untermauern“.

Die Deutsche Bischofskonferenz führt in einem Brief an die Landmannschaft Ost- und Westpreußen, Gruppe Nürnberg, an: „... nur ein kleiner Teil der Kirchenbücher stammt ... aus Diözesen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in den Grenzen des Deutschen Reiches gelegen hatten ...“ Im Gegensatz hierzu äußerte sich der ehemalige Staatsminister für Angelegenheiten der Kultur und der Medien Julian Nida-Rümelin gegenüber dem Förderverein Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen, dahingehend, daß die überstellten Kirchenbücher „... vor allem aus den Gebieten Allenstein,

Danzig, Elbing, Gnesen, Pelplin und Thorn ...“ stammen.

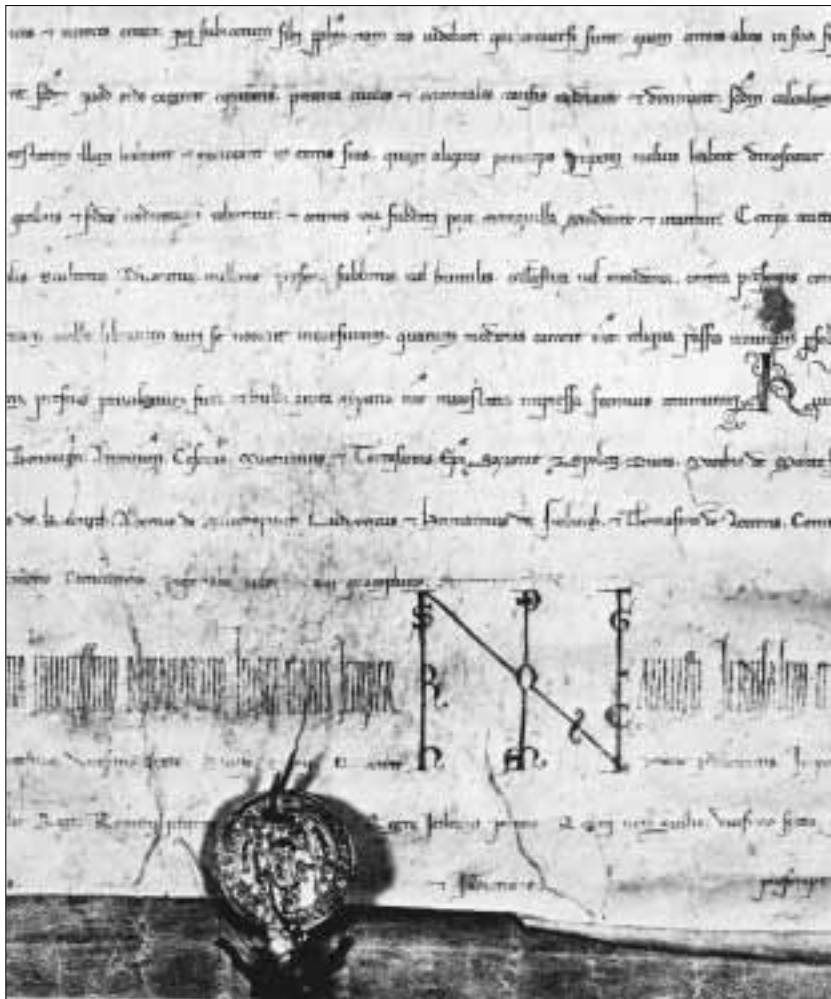
Die Evangelische Kirche wird dagegen keine Kirchenbücher nach Polen abliefern. Dr. Hartmut Sander, Leiter des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin, stellte klar, daß in

der Evangelischen Kirche der Union, EKU, als Rechtsnachfolgerin der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union im Besitz des Eigentums dieser Kirchengemeinden.

Basierend auf dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom

um historisch und politisch besonders wertvolle und wichtige 73 Dokumente des Deutschen Ordens, die das ost- und westpreußische Gebiet mit deutscher Besiedlung betreffen. Unter diesen Dokumenten befinden sich, beispielsweise, die Goldene Bulle von Rimini, ausgefertigt dem Deutschen Ritterorden im März 1226 von Kaiser Friedrich II., sowie die Goldene Bulle von Rieti, ausgefertigt dem Deutschen Ritterorden im August 1234 von Papst Gregor IX. In der Goldenen Bulle von Rimini garantiert Kaiser Friedrich II. dem Deutschen Orden Besitz und Hoheit des ihm von Herzog Konrad von Masowien angebotenen Kulmer Landes und der künftig von den heidnischen Prussen eroberten Gebiete, die 1234 in der Goldenen Bulle von Rieti auch in päpstlichen Schutz genommen werden.

Diese historisch wie politisch höchst inhaltsreichen Dokumente werden nun ohne jede Konsultation der heutigen ostpreußischen Repräsentanten an Polen ausgehändigt. Nach Auffassung von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin „zurückgegeben“. Denn diese 73 Urkunden wurden 1941 von deutschen Archivaren aus dem polnischen Kronarchiv in Warschau entnommen und gelangten über das Staatsarchiv in Königsberg und über das Archiv in Göttingen schließlich 1979 in das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Wie diese Dokumente in das Polnische Kronarchiv gelangten, darüber wird gerne geschwiegen. Es muß aber spätestens 1525 mit der Säkularisierung des Deutschen Ordens-Staates geschehen sein. „Die einmalige Chance einer legalen Rückgabe“, so Nida-Rümelin, „besaß der Große Kurfürst 1657 mit dem Internationalen Vertrag von Wehlau, als er die bestehende Lehensabhängigkeit Preußens von der Krone Polens beendete. Er hat die damals sich ihm bietende Möglichkeit nicht genutzt.“ **Pfarrer Werner Ambrosy**



Goldene Bulle von Rimini (Ausschnitt): Auch dieses höchst inhaltsreiche Dokument wird nun an Polen ausgehändigt. Foto: privat

der Evangelischen Kirche die jeweilige Kirchengemeinde Eigentümerin ihrer Kirchenbücher ist. Da die Kirchengemeinden östlich von Oder und Neiße durch die Vertreibung der Gemeindeglieder untergegangen sind, bleibt die Evangeli-

17. Juni 1991 wurde seitens des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl mit Polen ein nicht näher definierter Grundsatz der „territorialen Zugehörigkeit von Archivalien“ protokolliert. Bei diesen „Archivalien“ handelt es sich unter anderem

NEUE AIDS-WELLE

Arkadius Maischik, der Leiter des Uno-Programms zur Aidsbekämpfung in der Russischen Föderation, erklärte auf einer Pressekonferenz in Moskau, daß in den kommenden ein bis zwei Jahren mit einer weiteren HIV-Infektionswelle im Königsberger Gebiet gerechnet werden müsse. Zwar habe sich die Situation bis jetzt stabilisiert, und insbesondere die Verbreitung des Virus durch Drogenabhängige habe eingedämmt werden können, doch gebe dafür heute die Ansteckung durch heterosexuelle Kontakte Anlaß zur Sorge. Maischik begründet seine Vorhersage einer weiteren Aids-Verbreitung im nördlichen Ostpreußen damit, daß die Erfahrung lehre, daß in Regionen, in denen schon früher eine Epidemie gewütet hat und die Lage seitdem vorerst beruhigt zu sein scheint, eine durch heterosexuelle Kontakte ausgelöste zweite Übertragungswelle folgen werde. Auf diese müsse man sich heute schon vorbereiten. **MRK**

LEX GORBENKO

Die Gebietsduma des Königsberger Gebietes hat ein Gesetz mit dem Titel „Über den Gouverneur der Kaliningrader Gebietsadministration“ verabschiedet, das dem ehemaligen Gebietsgouverneur Leonid Gorbenko einen monatlichen Rentenzuschuß von 14.560 Rubeln bringt. Diese umgerechnet rund 460 Euro sind ungefähr das Fünffache der russischen Durchschnittsrente.

TU LABOR GESCHENKT

Die Technische Universität Königsberg hat ein komplettes Chemielabor mit Möbeln, Ausrüstung und sonstigem Zubehör aus der Bundesrepublik Deutschland geschenkt bekommen. Die Hochschule verdankt diese Schenkung ihrer nun schon drei Jahre bestehenden Partnerschaft mit der Hochschule in Bremerhaven und dem Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik.

NEUER PROPST UND PASTOR IN KÖNIGSBERG

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde / Von Armin MATT

Im Gemeindezentrum der „Auferstehungskirche“, erbaut auf dem ehemaligen Luisenfriedhof, jetzt Prospect Mira Nr. 101, gab es jüngst gleich mehrfachen Anlaß für einen Festgottesdienst. Es galt Propst Erhard Wolfram und seine Frau Luise zu verabschieden, Propst Heye Osterwald einzuführen sowie den Rußlanddeutschen Alexander Burghart als Pastor für die Gemeinde Königsberg zu ordinieren.

Dreidreiviertel Jahre ist es jetzt her, daß Wolfram von seinem Rostocker Vorgänger Wittenburg das Amt des Propstes übernahm. Wolfram und seine Frau waren damals die ersten, die die im Kirchenzentrum enthaltene Pastorenwohnung bezogen. Zu diesem Zeitpunkt lag noch vieles im argen mit dem Bau dieses Zentrums. So war zum Beispiel die Zentralheizung des gesamten Gebäudes außer Betrieb, und so fror man kräftig bei den sonntäglichen Gottesdiensten und auch bei der Arbeit in den Büros der Kirche und der Propstei.

Große Unterstützung fand Propst Wolfram vor allen Dingen bei seiner Ehefrau Luise, die eine gebürtige Königsbergerin ist. Die Höhepunkte seiner Amtszeit waren die Einweihung des Kirchenzentrums im April 1999 und zwei

Jahre später, am Sonntag, dem 13. Mai 2001, die zehnte Wiederkehr des Jahrestages der Neugründung der Gemeinde. Parallel zu diesem Ereignis wurde auch 100 Jahre Königsberger Luisenkirche gefeiert (s. Folgen 26/01 und 36/01).

Zur Feier des Tages waren die wichtigsten Gäste angereist. Von der ELKRAS (Evangelisch-lutherische Kirche Rußlands und anderer

Staaten - GUS) waren der Erzbischof Kretschmar aus Sankt Petersburg und der Bischof Siegfried Springer aus Moskau anwesend, und aus der Bundesrepublik Deutschland war die in Kiel sitzende Oberkirchenrätin Rut Rohrandt von der Nordelbischen Kirche (NEK) gekommen. Letztere nahm auch die Einsegnung des neuen Propstes, Pastor Heye Osterwald, vor. Anschließend wurde der ruß-

landdeutsche Vikar Alexander Burghart ordiniert und mit der Ausübung des Pastorenamtes für die Gemeinde Königsberg beauftragt.

Pastor Heye Osterwald ist 43 Jahre alt und war vorher schon sechs Jahre in Gumbinnen tätig. Er war 1996 als Vikar über das Gustav-Adolf-Werk in Dresden dorthin gekommen. Im Juni 1997 wurde er ordiniert und von der

ELKRAS übernommen. Dort lernte er auch die junge Russin Anna Iwanowna, seine jetzige Frau, kennen. Am 3. Februar 1998 fand in Gumbinnen die standesamtliche Trauung, vier Monate später, am 21. Juni 1998, dann die kirchliche Trauung im ostfriesischen Arle statt. Pastor Osterwald stammt von dort und wurde auch seinerzeit in dieser Kirche getauft. Mit seiner Frau Anna hat er inzwischen bereits zwei kleine Söhne.

Propst Osterwald sieht seine Hauptaufgabe im Aufbau sowie in der Festigung der in diesem Gebiet bereits bestehenden fünf Kirchenkreise Gumbinnen, Heinrichswalde, Insterburg, Labiau und Königsberg. Alle diese fünf Kirchenkreise sind bereits mit Pastoren besetzt. Daneben sind zwei Kirchenkreise im Aufbau, Königsberg-Land und Friedland. Auch diese sollen so bald wie möglich mit Pastoren besetzt werden. Insgesamt befinden sich im Königsberger Gebiet zur Zeit 41 Gemeinde- und Predigtplätze. Ganz dringend nötig für das Propsteibüro ist auch die Hilfe eines Verwaltungsfachmannes. Er besteht auch bereits eine Zusage der NEK in Kiel. So wird ihr Mitarbeiter Kurt Neß als Verwaltungsfachmann demnächst hier tätig werden. **■**



Einsegnung: In Anwesenheit seines rechts zu sehenden Vorgängers Propst Erhard Wolfram wird am knienden Propst Heye Osterwald der festliche geistliche Akt von der Oberkirchenrätin Rut Rohrandt von der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kiel vollzogen. Foto: Matt

DEUTSCHE FLÜCHTLINGE IN DÄNEMARK

Mit Leif Guldmann Ipsen hat ein Däne über das Lager Oksbøl geschrieben

Dänemarks Einstellung zum Zweiten Weltkrieg, in den das Land nur am Rande verwickelt war, ist zwiespältig – jedenfalls für jene Dänen, die über historische Kenntnisse verfügen und sich bemühen, beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ist Dänemark, wie die offizielle Version noch immer lautet, 1940 von Deutschland heimtückisch überfallen worden, oder gab es für Deutschland damals gar keine Wahl, als das Land zu besetzen? Gehörte das Königreich zu den siegreichen Alliierten, obgleich es zwischen Deutschland und Dänemark keinen Kriegszustand gab und eine vor allem aus England geführte Widerstandsbewegung erst spürbar aktiv wurde, als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete? Wie soll man die Tatsache deuten, daß mehr Dänen freiwillig auf deutscher Seite zusammen mit vielen europäischen Kameraden gegen den Bolschewismus kämpften, als in der Widerstandsbewegung tätig waren? Und wer von ihnen stand zumindest aus historischer Sicht eher auf der „richtigen“ Seite? Der Zwiespalt, die Unsicherheit und die Doppeldeutigkeit des dänischen Selbstverständnisses schimmern durch fast jede dänische Darstellung aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Deutsche Leser haben nicht selten den Eindruck, daß dänische Autoren Klippen der jüngsten dänischen Geschichte sorgsam umschiffen, daß sie Ereignisse glätten und sich bemühen, alles in rosigem Licht erscheinen zu lassen – jedenfalls in dänischen Augen.

Ein dänischer Offizier, Leif Guldmann Ipsen, hat die Geschichte des größten Lagers für ostdeutsche Flüchtlinge in Dänemark, des Lagers Oksbøl, in der Zeit von 1945 bis 1949 geschrieben. Er nennt sein Buch „Menschen hinter Stacheldraht“. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß alles stimmt, was er beschreibt.

Er führt sorgsam aus, wie das Lager entstand, nämlich als Ausbildungslager der deutschen Wehrmacht auf einem Truppenübungsplatz der dänischen Armee, wie es von deutscher Seite

vergrößert wurde, wie Baracken erbaut wurden, in denen dann 12.000 bis 15.000 Soldaten untergebracht werden konnten.

Anfang 1945 trafen die ersten Flüchtlingstransporte aus Ost- und Westpreußen in dänischen Häfen ein, weil anders die Menschen vor der Roten Armee nicht in Sicherheit gebracht werden konnten. Die Wehrmacht nahm sie in ihren Liegenschaften auf, so auch im Lager Oksbøl. Dann kam die Kapitulation der Wehr-

OKSBÖL WAR EHEMALS EIN AUSBILDUNGSLAGER

macht. Dänen übernahmen das Lager und machten es zum größten Lager deutscher Flüchtlinge. Der Autor zählt auf, welche gewaltigen Anstrengungen Dänemark machte, um jedenfalls ein Existenzminimum der Flüchtlinge zu sichern, und es kann nicht bestritten werden, daß im Vergleich etwa zu den Lagern, in die Deutsche in von den Polen besetzten Gebieten gepfercht wurden, die Verhältnisse im skandinavischen Land human waren. Hier wurde niemand zu Tode gequält, es wurden keine Frauen vergewaltigt, hier ließ man niemanden verhungern, wie es in polnischen oder tschechischen Lagern gang und gäbe war.

Natürlich war das Lagerleben nicht komfortabel. Das Lager war überfüllt, das Essen in der Anfangszeit außerordentlich knapp. Ungezieferei breitete sich in den überbelegten Baracken aus. Krankheiten grassierten. Die Menschen waren ohne Hoffnung, weil niemand ihnen sagen konnte, wann sie endlich nach Deutschland heimkehren durften. Die Siegermächte hatten die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in ihren Besatzungszonen zunächst verboten. Aber die Ostpreußen, Danziger, Westpreußen und Pommern hatten wenigstens ihr Leben gerettet.

Die Flüchtlinge hatte ihre eigene Selbstverwaltung mit Bürgermeister, Lagerpolizei, Schulen, einem kleinen Theater, einer von deutschen Emigranten gestalte-

ten, der Umerziehung dienenden Zeitung. Es muß anerkannt werden, daß das Vier-Millionen-Volk der Dänen sich bemüht hat, nicht nur die 35.000 Flüchtlinge im Lager Oksbøl, sondern alle insgesamt 250.000 Flüchtlinge auf dänischem Boden so lange unter einigermaßen humanen Bedingungen über die Zeit zu bringen, bis sie in ihr Vaterland zurückkehren konnten. Und dennoch bleibt bei der Lektüre auch dieses Buches ein merkwürdiges Gefühl zurück.

Es bleibt der Eindruck, daß es von seiten der Dänen kein Verständnis gab für das Schicksal jener vor den Greueln der bolschewistischen Armee geflohenen Frauen, alten Männer und Kinder. Sie sahen in ihnen weniger die dem Tod oder der Verschleppung entkommenen leidenden Mitmenschen, sondern sie blieben in den Augen der Dänen Feinde.

Die Autor spricht an zwei Stellen von „unschuldig vertriebenen Menschen“, und das ist viel angesichts der offiziellen Ansicht der deutschen Bundesregierung, die kaum verdeckt die Meinung vertritt, die Vertriebenen hätten selbst schuld an ihrem Schicksal. Aber man ist traurig, wenn dann der Autor die Bemühungen der Dänen, den Flüchtlingen das Überleben zu sichern, als „undankbare Arbeit“ bezeichnet. Würde für diese Arbeit nicht vielfältig gedankt, trug sie nicht ihren Wert und ihren Dank in sich, wenn durch die dänischen Bemühungen 250.000 Zivilisten

das Überleben ermöglicht wurde?

Warum geht der Verfasser nicht ein auf die Tatsache, die jedem Besucher des Flüchtlingsfriedhofes Oksbøl sofort ins Auge springt, daß die Anzahl der dort begrabenen Säuglinge und Kleinkinder unverhältnismäßig hoch ist? An einer Stelle klingt es im Buche an, daß Ipsen sehr wohl weiß von der in den letzten Jahren aufgebrochenen Diskussion über das Verhalten amtlicher dänischer Stellen, die dänischen Ärzten und Krankenhäusern verboten hatten, deutschen Flüchtlingen medizinische Hilfe zu leisten, um so zu beweisen, daß Dänemark den Deutschen Widerstand geleistet hat? Den unmenschlichen Anordnungen fielen Tausende von kleinen Kindern zum Opfer, die ohne weiteres hätten gerettet werden

SACHLICHE INFORMATIONEN OHNE MITGEFÜHL

können. Der Verfasser schweigt – auch eine Art Vergangenheitsbewältigung.

Kann man, wie es der Autor tut, die Anlandung von Flüchtlingen, die er als „Überschwemmung“ bezeichnet, als „Völkerrechtsbruch“ bezeichnen?

Das Buch von Leif Guldmann Ipsen liefert alle sachlichen Informationen über das Lager Oksbøl. Es enthält viele Bilder. Ihm fehlt jedes Mitgefühl für die Lage jener



Ostdeutschen, wie man es von einem humanistisch und christlich geprägten Menschen erwartet hätte. Trotz allem gebührt den Verantwortlichen Dank, die damals unseren Landsleuten in Dänemark das Überleben ermöglichten.

Hans-Joachim von Leesen

Leif Guldmann Ipsen: „Menschen hinter Stacheldraht – Flüchtlingslager in Oksbøl 1945–1949“, Verlag des Blavandshuk Egnmuseum, 2002, gebunden, 118 Seiten, viele Fotos und Pläne, 23 Euro, zuzüglich 12 Euro Versandkosten. Lieferung gegen Vorkasse auf Kontonummer 196310005 bei der Sydbank, Flensburg, BLZ 215 106 00. Bestellungen an Varde Museum, Lundvej 4, DK-6800 Varde.

Die unteren beiden Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon 040 / 41 40 08-27, zu beziehen.

BILDER VON RUINEN

Neues Buch über den nördlichen Teil der ostpreußischen Lande

Alexander von Normann und Heinrich Lange, zwei promovierte Archäologen, bereisten seit 1991 mehrfach das nördliche Ostpreußen, sammelten historische Zeugnisse und fotografierten die meist trostlose Gegenwart. Nur die eingefangene Natur kann über diese Chronik der Zerstörung hinwegtrösten. „In Bildern“, so Professor Karl Schlögel in

seinem Vorwort, „läßt sich offenbar am besten aufbewahren, was sonst verloren ist.“ Das Gebiet um Königsberg hat mehr Bauten durch Verfall nach 1945 als durch den Krieg verloren. Die neuen Bewohner retteten – wenn auch zögernd und oft unbeholfen – wenigstens die Landschaften unserer Kindheit.

Das vom Verlag mit außerordentlicher Sorgfalt betreute und hergestellte Buch – ein Kunstwerk seinerseits – ist nach den 17 Kreisen des nördlichen Ostpreußen gegliedert. Memel gehört dazu. Die Einwohnerzahlen sind die des Jahres 1939. Bei den Ortsnamen wird zudem immer zuerst der deutsche Name aufgeführt.

In der „Chronologie einer Annäherung“ nennt der dem Land durch familiäre Beziehungen verbundene Autor historische Literatur, die er zu Rate gezogen hat und aus der er – vorzüglich aus Reisebeschreibungen – gern zitiert. So kann er neben den historischen Fotos, die dem traurigen Heute gegenübergestellt werden, treffende Eindrücke vom einst und jetzt vermitteln. Architektonisches wird herangezogen. Da ist es naheliegend, daß immer wieder auf die Baumeister und die Schaffenskraft des Deutschen Ordens verwiesen wird. Das geht so weit, daß im Anhang alle Hochmeister bis 1525 aufgeführt sind.

Wenn schon sonst fast alles in Trümmern liegt, Felder brachliegen, die Einwohner arm sind, das nördliche Ostpreußen ist doch wenigstens ein Pferdeland geblie-

ben. Der Autor weist bei Wehlau, dem einst größten Pferdemarkt Europas, bei Insterburg, das inzwischen wieder Austragungsort eines internationalen Reitturniers ist, Georgenburg und natürlich bei dem heute aber verwaisten Trakehnen darauf hin.

Der wertvolle, mit Mitteln des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft und der Stiftung Norddeutsches Kulturwerk geförderte Band schließt mit Literaturverzeichnis, Konkordanz der Ortsnamen, Karte, Verzeichnis der Herrscher aus dem Hause Hohenzollern sowie Orts- und Personenregister. N. Matern

Alexander von Normann, „Nördliches Ostpreußen – Gegenwart und Erinnerung einer Kulturlandschaft“, C. H. Beck Verlag, München 2002, Großformat, 175 Seiten, Leinen, 39,90 Euro



ZUVIEL DES GUTEN

Neuer Band von »Ganz allein«

Begeistert fieberte der Leser in „Ganz allein – Band 1“ mit der sechsjährigen Sabrina mit, die nur in Begleitung ihrer Dackeldame von Ostpreußen nach Berlin vor den Russen flüchtete. Auch „Ganz allein – Band 2“, in dem Sabrinas Jugendzeit im sich im Wiederaufbau befindenden Berlin geschildert wird, unterhielt den Leser noch recht gut, wobei die Entführung Sabrinas durch arabische Mädchenhändler doch ein wenig zu exotisch wirkte.

Inzwischen ist nun der dritte Band „Ganz allein – Das Leben, die Liebe und der Tod“ erschienen. Zugegeben, auch dieses Werk um die inzwischen erwachsene Sabrina unterhält, allerdings ist Sabrina jetzt noch schöner, heldenhafter und vom Schicksal gebeutelter, als es sich schon im zweiten Teil andeutete, und alles wirkt ziemlich übertrieben. Nachdem Sabrinas Verlobter Richard,

der von den Sowjets als Spion verdächtigt und gefangengehalten wurde, zu ihr zurückkehrt, fliegen beide in die USA. Sabrina arbeitet bei der Uno als Übersetzerin, Richard als Herzchirurg in einer Spezial-Klinik. Während Richard allerdings schnell wieder in die deutsche Heimat fliegt, bleibt Sabrina in den Staaten, beginnt eine Affäre mit einem reichen afrikanischen Prinzen, wird schwanger, treibt ab. Als sie nach dem Desaster wieder nach Deutschland reist, schlägt Richard die Untreue halbtot, kurz darauf aber heiraten sie. Sabrina nimmt das verwahrloste Kind ihres Stiefbruders auf und bringt der sechsjährigen, der Sprache nicht mächtigen Kleinen innerhalb von wenigen Wochen das Sprechen bei.

So turbulent geht es weiter. Kindesmißbrauch, Mord, Vergewaltigung, Homosexualität, tödliche Unfälle, Selbstmord und heimtückische Krankheiten, um nur ei-



nige Themen zu nennen, werden auf den weiteren Seiten behandelt. Immer ist Sabrina die glorreiche Heldin, und der Leser hat auf gerade mal 124 Seiten das pralle Leben präsentiert bekommen. So real wie eine brasilianische Seifenoper! R. Bellano

Sabine Welsch-Lehmann: „Ganz allein – Das Leben, die Liebe und der Tod“, Karin Fischer Verlag, Aachen 2002, broschiert, 146 Seiten, 11,20 Euro



Die preußischen Königinnen
Das erste Buch über die Gemahlinnen der Hohenzollernkönige
Geb. 324 S. € 29,90

Friedrich der Große
Das wichtigste Werk über den großen Preußenkönig
Geb. 538 S. € 25,00





Elisabeth Christine und Friedrich der Große
Wohl eine der bizarrsten Ehegeschichten des europäischen Hochadels.
Geb. 239 S. € 20,00

Unter den Türmen der alten Burg
Jagderinnerungen aus Ostpreußen, gesprochen von Clemens von Ramin
CD € 14,95



Verlorene Heimat im deutschen Gedicht
Gisela Limmer von Massow liest Gedichte, histor. Texte: W. Marinovic
CD € 16,80



Ein preußischer Revolutionär
Musik mit Zitaten aus dem Werk E. von Salomons
CD € 14,95





Ein Leben wird besichtigt
W. J. Siedler macht sich auf die Suche nach seiner Kindheit. Sie führt ihn weit in die dreißiger Jahre zurück, als Hitler die Macht ergriff.
Geb. 183 S. € 18,50



Ostpreußen
Zuhause im weiten Land
Drei ostpreußische Autorinnen halten hier die Erinnerungen an ihre Heimat fest. Sie erzählen vom Glück und vom Unglück und vom unendlichen Heimweh ...
Geb. 416 S. € 8,95



Agnes Miegel
Die langjährige Freundin Anni Pionreck erstellt ein ausführliches Lebensbild der herausragenden Schriftstellerin
Geb. 303 S. € 13,50



Trümmerkind
Mit viel menschlicher Wärme und bayrischer Deftigkeit, in komischen wie erschütternden Bildern wird das Schicksal eines Trümmerkindes geschildert
Geb. 432 S. € 22,00

+ , - "

. / 0 - + - 1

!)

#)*

\$

% &

(

Der redliche Ostpreuße

€ 9,95





Der Winter der Tiere
Neue Erzählungen von Arno Surminski.
Über 20 bisher unveröffentlichte Geschichten
TB, 223 S. € 18,00



Wanderungen zwischen Oder und Nirgendwo
W. J. Siedler wandert noch einmal in die Vergangenheit und durchstreift Fontanes geliebte Mark Brandenburg und die alten Landstädte zwischen Elbe und Oder.
„Ein glänzendes Stück Essayistik“.
Geb. 188 S. € 12,50



Die Geschichte Berlins
Ein Stadtführer durch die Jahrhunderte. Eine lebendig geschriebene, kurze und prägnante Geschichte der deutschen Hauptstadt
mit Zeitzeugen
TB, 144 S. € 9,90



Meine schönsten Geschichten
Die schönsten Geschichten der Erfolgsautorin Ilse Gräfin von Bredow
Geb. 208 S. € 10,00



Mein Leben
Der legendäre Bergsteiger und Entdeckungsreisende blickt in seiner spannenden Autobiographie auf ein Leben zurück, das seinesgleichen sucht
Geb. 572 S. € 25,00



Gefangen in Sibirien
Tagebuch eines ostpreußischen Mädchens 1914–1920
Kart. 274 S. € 25,00



Pillau
Chronik eines Untergangs
Die ungeheure Kraftanstrengung der Marine, die Flucht über die Ostsee zu organisieren
Geb. 176 S. € 9,95

Statt € 19,90 nur € 9,95



Die gelbe Zwei
Erinnerungen und Einsichten eines Jagdfliegers 1918–1940
Geb. 368 S. € 24,80



Friedhelm aus Trakehnen
Eine Flucht mit Pferd und Wagen, fesselnd erzählt, untermauert durch Interviews mit Zeitzeugen
Geb. 198 S. € 19,80



Warten ohne Wiederkehr
W. K. Lahmann macht auf die unmenschlichen Zustände in den sogenannten Speziallagern der sowjetischen Besatzungszone aufmerksam
TB, 262 S. € 14,90



Von Memel nach Trakehnen 1942
Dieser Film bringt Ihnen mit authentischen Aufnahmen den Zauber seiner Landschaften und seine geheimnisvolle Schönheit
Video, 30 Min. € 14,90



Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen
Dieser reich illustrierte Band wurde mit der Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen erstellt.
Geb. 397 S. € 29,00



Schatzkästchen Ostpreußen
Die schönsten Filme über Ostpreußen aus den Jahren 1925 bis 1945 in der Originalbild- und -tonfassung.
3 VHS-Cassetten mit je ca. 65 Minuten Laufzeit.
Video € 45,95

NEU!



Ostpreußen
Der neue Film von Karla-Sigrun Neuhaus
Eine filmische Reise zu vielen touristischen Anziehungspunkten, mit Blick in die Vergangenheit, führt über Allenstein, dem „Gut Gartenpungel“, über Nikolaiken, Mohrungen, Sorquitten, Kloster „Heilige Linde“, Hohenstein, Elbing, Marienburg, Frauenburg. Besichtigt wird auch die ehemalige Bunkeranlage „Wolfschanze“.
Video € 21,00



Iwan, das Panjepferd
Die große Flucht wird wieder lebendig – durch die Augen eines dreizehnjährigen Kindes
Geb. 256 S. € 19,90



Warten ohne Wiederkehr
W. K. Lahmann macht auf die unmenschlichen Zustände in den sogenannten Speziallagern der sowjetischen Besatzungszone aufmerksam
TB, 262 S. € 14,90

„Heimat deine Sterne – Wunschkonzert für die Wehrmacht“ auf CD



Vol. 1
Die Stars von Oper und Operette.



Vol. 2
Die Tonfilm- und Schlagerstars.



Vol. 3
Lieder, Märsche und Couplets



Vol. 6
Opernstars mit Augenzwinkern.

Jetzt neu! Vol. 7 Kriegswihnacht 1940
Weihnachtsringsendungen im II. Weltkrieg

Jede CD € 12,95

45/2002

Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,- / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname _____ Name _____
 Straße, Nr. _____
 PLZ, Ort _____ Tel. _____
 Ort, Datum _____ Unterschrift _____